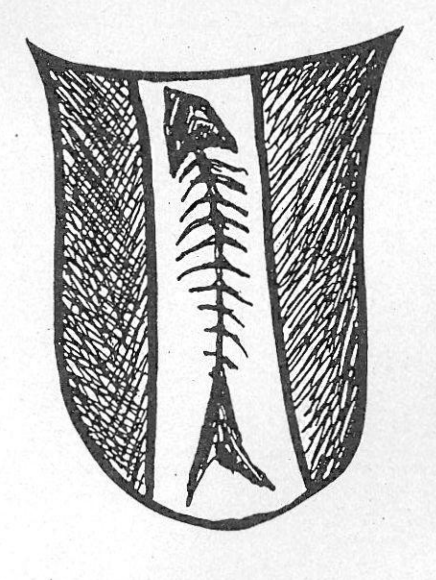
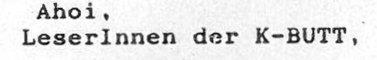


K-BUTT

VÄLZISCHE PFOLXZEITUNG
nr. 10 kost nix
winter 1994/9



KILL THE NATION

Ahoi,
LeserInnen der K-BUTT,

bei allem was es zu feiern gab die letzte Zeit - die Freilassung von Irmgard Möller, das vorläufige Aus für die Castor-Transporte und den dritten Geburtstag von K-BUTT und den ersten vom KOLORIT - bleibt keine Zeit, sich auf den kleinen Erfolgen auszuruhen.
An allen Ecken dieser Kugel geht's ab wie schon lange nicht mehr. "Europa schreitet voran" (Sonntag aktuell), und an seiner, eigentlich ja an ihrer Seite maschierten 8ooo OrdnungshüterInnen in Essen, die kurzerhand ca. 1ooo Menschen vorläufig in Sicherheitsgewahrsam genommen haben und damit am Tag der Menschenrechte kurzen Prozeß mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung gemacht haben. Da stellte sich für einige der Verhafteten die Frage: "Warum nicht gleich ins Stadion ?"
Auch in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan fühlt sich so manch eine/r an die Zeiten der Diktatur in Lateinamerika erinnert. Auch nach den Bombenanschlägen auf die türkisch/kurdische Tageszeitung Özgur Ulke und den Urteilen gegen ParlamentarierInnen der DEP (bis 15 Jahre türkischen Knast) bleibt unser aller Innenminister kühl - kein Gefühl. Solange es in der BRD keinen generellen Abschiebestop für KurdInnen gibt, solange die BRD-Regierung die NATO-Partnerin Türkei mit Waffen und Logistik unterstützt und das PKK-Verbot aufrecht erhält, macht sie sich mitschuldig an Verteibung, Krieg, Folter und Mord.



Überrascht waren wir davon, daß wir wieder laut und in aller Öffentlichkeit "Soldaten sind Mörder" sagen dürfen. Daß auch deutsche Soldaten endlich mal wieder Krieg spielen können, ist nur noch eine Frage der Zeit. Sie sitzen in ihren Startlöchern und warten auf ihren Einsatz in Ex-Jugoslawien.
Über all das und einiges mehr, wie z.B. zur Kriminalisierung mittels §129a von Ursel Q. aus Saarbrücken, Tine & Carsten aus Kaiserslautern, zu Zwangsmaßnahmen im Knast, könnt ihr in dieser Ausgabe lesen.

Gefreut hat uns, daß wir so wahnsinnig viel Post bekommen haben. Wundersam, welche Wege die K-BUTT doch geht - so kam Post aus Bauzen, Nürnberg, Castrop-Rauxel und einigen anderen Städten. Darüber haben wir uns tierisch gefreut. Da immer wieder Anfragen nach Abos kommen, haben wir uns überlegt, daß 1o DM/Jahr O.K. wären (am besten in Briefmarken; wir haben hier auch noch ein paar ältere Ausgaben rumliegen), so können wir auch die Knastabos, die es natürlich umsonst gibt, finanzieren.
Da sich auf unser Preisausschreiben niemand (!) gemeldet hat, kann's so schlimm mit den Rechtschreibfehlern doch nicht sein. Trotzdem bitten wir Euch 1ooomal um Entschuldigung, falls ihr doch noch Fehler (Rechtschreib- und Grammatik-) finden solltet. Wenn's ums inhaltliche geht, müßt ihr schreiben.

So long, eure K-BUTTen

Irmgard Möller ist draußen !!!



Kopf gegen Kopf
Fuß gegen Hand
Zahn gegen Zahn
jeder sein Land
Zunge gegen Kehle
drückt Kehle zu
wenn alle tot sind
dann ist Ruh'

Euch fehl'n nicht nur Pigmente
euch fehlt vor allem Hirn
Ich stell immer wieder fest
Geist lähmt, und Dummheit
macht frech

Was ist Volksgemeinschaft
Winkende Kinder
auf der Autobahnbrücke
Ihr Stein schlägt
Windschutzscheibe in Stücke
Volksgemeinschaft
hat sie sich bewährt
wenn sie Türken erschlagen
von Polizei ungestört
oder steckt sie im Stein
der weitergereicht wird
weil das Leben fertig
und der Kopf viel zu weich ist

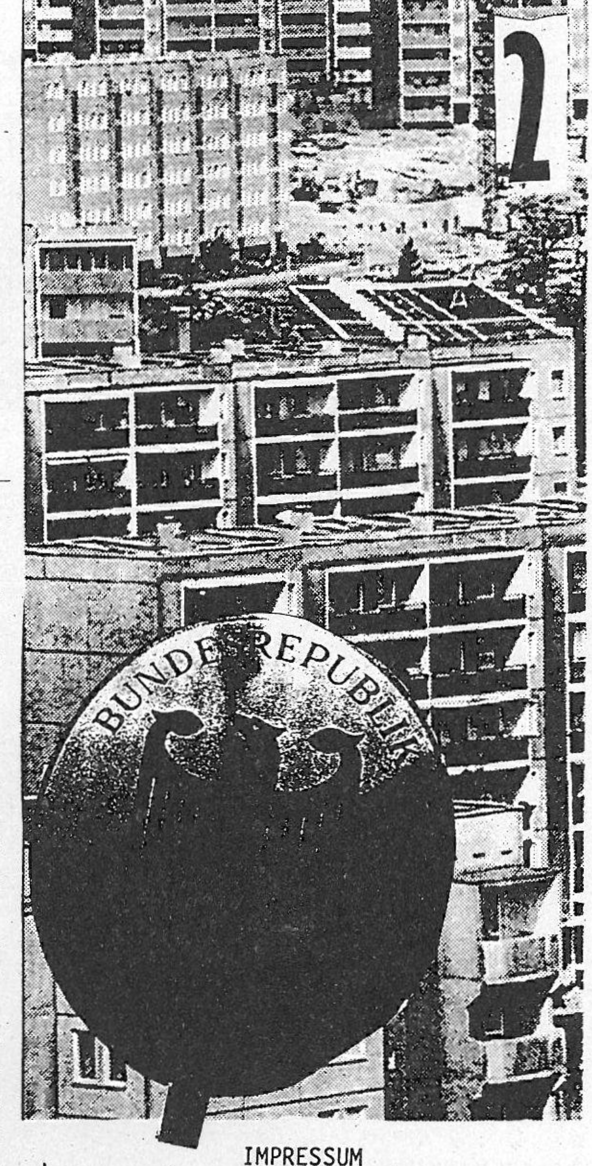
Heimat
ist nur ein Samenerguß
Heimat
ist ein blutiger Schoß
Heimat ist die Nähe
die dich frißt,
wohin Vater dich schlägt
wo Mutter dich verrät
deine Uhr langsam geht
und das Kriegerdenkmal steht
Heimat ist ein Name wie Horst
Buttermilch, Fußlappen
Fernseher, Rotz
Volksgemeinschaft beim Messer
im Rücken
das der Bruder mir rauszieht
um es noch mal reinzudrücken
weil er wie ich aussieht
Volksgemeinschaft
woher soll ich das wissen
Ich häng am Seil
mit dem sie Flaggen hissen
Keine Atempause
für mich zum Denken
wenn alle die Fahne schwenken
Mit der Farbe der Fahne
werd ich mich verirren
auf dem Weg vom Auge
und zum Hirn

MASTINO, heimatfront

Rassismus geht vom Staat aus
Neues aus der "Ausländeroase" Kaiserslautern

Seit der faktischen Abschaffung des Rechtes auf Asyl ist es für Flüchtlinge nahezu unmöglich geworden, in die BRD zu kommen. Die, die es trotzdem schaffen, werden entweder direkt zurückgetrieben oder in Abschiebehaft genommen. Wer noch eine kleine Chance auf Anerkennung als Verfolgte/r hat, muß sich "nur" noch dem demütigenden Verfahren, dem Einknasten in Lagern und dem Rassismus in Ämtern, von Bullen und BürgerInnen aussetzen, wenn nicht faschistische Überfälle und Mordanschläge eher Erfolg haben.
Gerade die rassistische (Prügel)Praxis von deutschen Polizisten ist in der letzten Zeit verstärkt bekannt geworden. Hier einige Beispiele zur Erinnerung:
Januar 94: In Staßfurt wird ein rumänischer Flüchtling nach seiner Festnahme zur Personalienfeststellung auf der Wache erschossen. Die Polizei spricht von einem Unglücksfall.
März 94: Im Landkreis Rosenheim wird ein unbewaffneter albanischer Flüchtling "auf der Flucht" von einem Polizisten erschossen.
Juni 94: In Hannover wird der 16 jährige Kurde Halim Dener beim Plakatieren in den Rücken geschossen und ermordet.
In Bernau bei Berlin werden 7 Bullen vom Dienst suspendiert, als ihr Terrorverhalten gegen VietnamesInnen bekannt wird.
Im Berliner Wedding werden 51 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten eröffnet, die ebenfalls VietnamesInnen brutal zusammengeschlagen und zum Teil schwer verletzt haben.
Auch in Hamburg werden über zwanzig Bullen vom Dienst suspendiert, als ihre regelmäßigen Angriffe auf "ausländisch aussehende" Menschen bekannt werden. Der Hamburger Innensenator tritt wegen "Mitverantwortung" zurück. Die erste Amtshandlung seines Nachfolgers: die Suspendierung wird (weil "überzogen") rückgängig gemacht !
Aber selbst wenn Opfer von rassistischem Bullenterror sich trauen, Anzeige zu erstatten, die Polizisten werden in über 90% der Fälle freigesprochen, wenn es überhaupt zum Prozeß kommt, da plötzlich etliche Bullen als Entlastungszeugen auftauchen. Der Korpsgeist der deutschen Polizei war schon immer sehr ausgeprägt...
Auch in Kaiserslautern gibt es eine Wache, die berüchtigt ist für "die lange glitschige Kellertreppe", wo immer wieder Menschen, bevorzugt Flüchtlinge, herunterfallen. Es ist die Wache in der Gaustraße, vor der selbst andere Polizisten warnen. Wir wissen von einigen Fällen von brutaler Gewalt gegen AusländerInnen, die allerdings berechtigterweise Angst vor einer Anzeige und Aussage haben.
Denn das Instrumentarium staatlichen Rassismusses ist vielfältig...
Ein weiterer Punkt, der auch in Kaiserlautern nicht mehr vertuscht werden kann, ist die Abschiebung und die Abschiebehaft. Im Lauterer Knast sitzen etliche Abschiebehäftlinge, die nichts getan haben als keine Papiere zu besitzen oder aus einem "sicheren Herkunftsland" oder einem "sicheren Drittstaat" zu uns geflüchtet zu sein. Der Aufstand der algerischen Abschiebegefangenen in Kassel vor einigen Monaten hat die unmenschlichen Zustände in deutschen Abschiebeknästen deutlich gemacht. Die Menschen haben keinen Kontakt nach draußen, sind in total überfüllten Zellen untergebracht und wissen oft überhaupt nicht, weshalb sie im Knast sind. Dazu kommen dann noch Sprachschwierigkeiten und Schikanen und Angriffe von den deutschen SchließerInnen. Daß die Menschen in solchen Situationen verzweifeln, ist kein Wunder; Angst vor der Abschiebung, vor Folter, Ermordung oder "nur" Hungertod in den "Heimatländern". Selbstmorde und Versuche sind an der Tagesordnung, werden aber in den seltensten Fällen bekannt.
Am 5.Oktober 94 stürzt sich ein 27jähriger Tunesier aus einem Fenster im 4. Stock des Kaiserslauterer Amtsgerichtes. Er überlebt schwerverletzt. Auslöser war seine Festnahme am selben Tag und die Ankündigung, daß er sofort in Abschiebehaft genommen werde. Einen Tag später schneidet sich in der Ausländerbehörde Kaiserslautern eine schwangere Frau aus Armenien den Arm mit einer Rasierklinge auf. Auch sie war mit ihrer Familie von der Abschiebung bedroht. Verantwortlich in beiden Fällen ist Frau Rendziak, die Leiterin des Ressorts Abschiebung der Lauterer Behörde. Nach ihrer Aussage ist es ein persönliches Erfolgserlebnis, wenn "Asylbetrüger, die auf ihrer persönlichen schwarzen Liste ganz oben stehen", abgeschoben werden können.
Dieser Zynismus wird dann noch von der Grünen Stadtratsfraktion übertroffen, die als Konsequenz der Selbstmordversuche fordert, die Flüchtlinge müßten psychologisch betreut werden. Joachim Färber, Fraktionssprecher der Grünen im Stadtrat, ist wohl der Meinung, daß die unmenschliche Asylpolitik der BRD, die er auch selbst anprangert, gemildert wird, wenn die Flüchtlinge, psychologisch betreut, ihre Abschiebung glücklich und ruhig akzeptieren.
Auch für einen Mord sind die Lauterer Behörden direkt (mit)verantwortlich. Am 30. August 94 stirbt der Nigerianer Kola Bankole bei dem Versuch, ihn über den Frankfurter Flughafen abzuschieben. Viermal hatte sich Kola gegen die Abschiebung erfolgreich gewehrt. Diesmal sollte es anders kommen. Er wurde gefesselt, geknebelt und von BGS-Bullen in das Flugzeug geschleift. Dort bekam der schwer Herzkranke dann noch eine Beruhigungsspritze zum Ruhigstellen. Kurz danach war Kola Bankole tot. Ob er nun an Herzversagen gestorben ist oder am Knebel erstickt, ist noch unklar. Klar ist nur, wer verantwortlich ist für den Tod von Kola Bankole: die Behörde, die seine endgültige Abschiebung angeordnet hat: die Kaiserslauterer Ausländerbehörde. Aber wie sagte deren Leiter sinngemäß in einem Fernsehinterview : Der Mann ist selbst schuld an seinem Tod, er hätte ja gegen seine Abschiebeversuche keinen Widerstand leisten dürfen.
Wer sich gegen Abschiebung wehrt, muß also damit rechnen, gleich hier in der BRD ermordet zu werden, ob von Faschisten, Bullen oder Behörden spielt da keine Rolle mehr.
Und noch eine Meldung zum Schluß. In Niedersachsen müßen Abschiebehäftlinge pro Tag "Unterbringung" im Knast 116 DM (!) zahlen. Auch persönlicher Besitz wird in Zahlung genommen.

1994 - der rassistische Terror ist Alltag geworden.



IMPRESSUM

Herausgeberin: K-BUTT-Redaktion
c/o LokalKolorit
Gasstraße 41
67655 Kaiserslautern

Anschrift und Vertrieb: siehe oben

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: Franz Etscheid, Eisenbahnstraße 33, Kaiserslautern

Druck: Eigendruck

Tut sie's nicht, ist sie's nicht

Abstimmungsverfahren und Mehrheitsprinzip sind politische Mittel, die unserertage im Dienste vermeintlicher Demokratie gebräuchlich sind. Das Wesen der Demokratie aber liegt weder in der Abstimmung noch im Mehrheitsprinzip, sondern in der Selbstbestimmung eines Volkes. Ein Volk, das Selbstbestimmung praktizieren will, muß alle Staatsgewalt innehaben. Eine Gesellschaft, die sich demokratisch heißt, muß verhindern, daß sich Macht noch bei einzelnen aufhält. Stattdessen muß sie dafür sorgen, daß sich diese schnellstmöglich an alle weiterverteilt. Tut sie's nicht, ist sie's nicht.
Will sich ein Volk selbstbestimmen, muß es aus einzelnen bestehen, die der Selbstbestimmung mächtig sind. Selbstbestimmung bedeutet nichts anderes, als daß sich der Mensch seiner Stimme als Ausdrucksmittel und Werkzeug seiner Selbstorganisation bemächtigt. Diese muß sich immer einem uneigennützigen Miteinander verpflichten, will sie nicht in rebellischem Ich-laß-mir-nichts-sagen versacken. Eine Gesellschaft, die für sich in Anspruch nimmt, demokratisch zu sein, muß sich dieses Adjektiv stets aufs neue verdienen, indem sie alles tut, um ihren Mitgliedern die Fähigkeit und die Möglichkeit zur Selbstbestimmung in die Hand zu geben. Tut sie's nicht, ist sie's nicht.
Gesetze sind einerseits Mittel der Unterdrückung, andererseits sind sie Symptome des Mangels an Verantwortungsbewußtsein, Selbstbestimmung und Freiheitsfähigkeit. Sie sind der hilflose Diätversuch zur Beseitigung des Babyspecks der Unmündigkeit. Sie warten auf die Erlösung, überflüssig zu werden, sobald der Mensch seine Mündigkeit erlangt und seine Freiheit übernimmt. Eine Gesellschaft, die es mit der Freiheit ernst meint, muß ihr möglichstes tun, um ihre Mitglieder in die Mündigkeit zu leiten.
Das Dümmste aber, was sie stattdessen tun kann - und tut, ist, so zu tun, als sei ein Ende der Entwicklung erreicht, und sich mit eitler Selbstbewunderung den Blick auf das zu verschleiern, was immer noch vonnöten ist: Die Arbeit an Selbstbestimmung und Freiheit.

3 M.Kanther erhielt vom gerichtsmedizinischen Institut in Eyüp eine 15-tägige Krankschreibung

Er wurde am 8. Dezember mit der Begründung Mitglied einer illegalen Organisation zu sein, festgenommen, zur Anti-Terror-Abteilung von Gayrettepe gebracht und dort 15 Tage festgehalten.
Er wurde in eine Einzelzelle gesperrt, mit dem Kopf nach oben bzw. nach unten am Haken aufgehängt und währendessen mit Elektroschocks gefoltert, seine Hoden wurden verdreht, unter hartem, kalten Wasserstrahl wurde er geprügelt. Ihm wurde Vergewaltigung, "Verschwinden" und Hinrichtung angedroht.
Ein schriftlicher Bericht von M. Kanther liegt uns vor.

So oder ähnlich würde sich das Schicksal unseres Innenministers im Bericht des Menschenrechtsvereins, Sektion Istanbul, anhören, vorausgesetzt, er wäre Kurde und hätte zudem an eine sichere Fluchtalternative Westtürkei geglaubt. Aber nicht nur in Istanbul, sondern in der ganzen Türkei droht KurdInnen dieses Los. Wer würde angesichts einer solcher Situation nicht versuchen, Mord und Totschlag durch Flucht zu entgehen. Doch kurdischen Flüchtlingen, die sich zu uns in die BRD retten konnten, droht in den meisten Fällen die Abschiebung in die TR ("Türkische Republik"). Sie wird ganz bewußt und intensiv von den Herren Handlangern des Todes KANTHER, KOHL, KINKEL vorangetrieben.
Hier einige Fakten zur Klärung der Zusammenhänge, die unter anderem von den Medien, ganz im Sinne der Regierung, verschleiert und verzerrt dargestellt wurden.

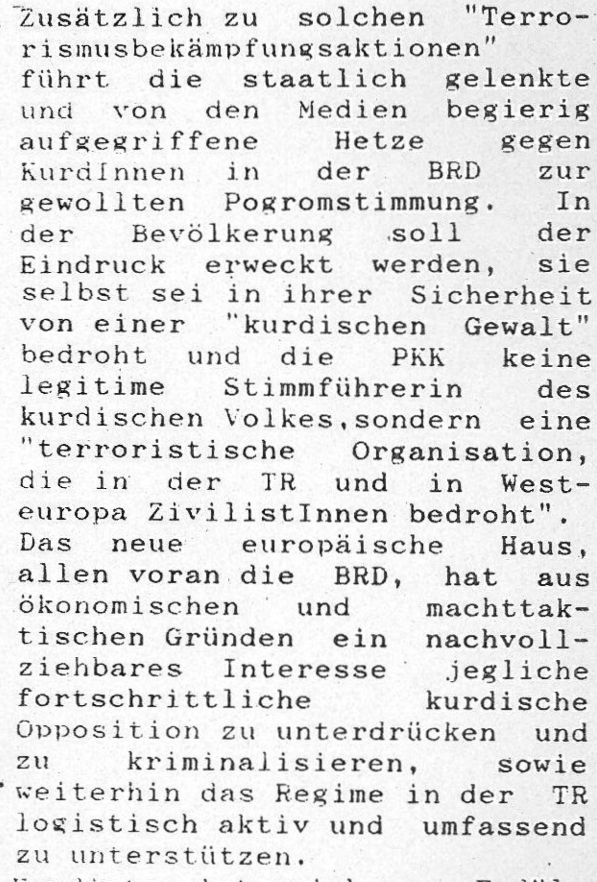


In Deutschland leben zwischen 400.000 und 600.000 KurdInnen aus der TR. Sie gelten in der BRD als "türkische Staatsangehörige kurdischer Volkszugehörigkeit" und besitzen somit in der Regel einen türkischen Paß.
Viele von diesen Menschen sprechen kein oder nur wenig Türkisch und werden zudem bewußt auf den für sie zuständigen türkischen Auslandsvertretungen schikaniert und diskriminiert. Vom türkischem Schulunterricht und ähnlichen Angeboten der Konsulate werden sie ausgegrenzt bzw. ferngehalten.

Überaus verständlich und existenziell erscheint angesichts solcher Praktiken die Selbstorganisierung von KurdInnen in eigenen Strukturen. Sie müssen die Gelegenheit haben, ihre Sprache und Kultur zu leben, sowie mit allen nachvollziehbaren Mitteln gegen Unterdrückung, Völkermord und deutschen Waffenlieferungen einzutreten. Dies gilt insbesondere für KurdInnen in der BRD, denn Deutschland ist Kriegspartei an der Seite des pseudodemokratischen Militärregimes in der TR.



Doch seit dem Verbot der PKK und der mit ihr in Verbindung gebrachten kurdischen Kulturvereine werden alle von KurdInnen geplanten Versammlungen und Demonstrationen gegen die Verbote oder ganz schlicht für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben kurdischer, deutscher und türkischer MitbürgerInnen massiv kriminalisiert. Trotzdem durchgeführte Aktionen werden brutal auseinandergeprügelt oder von den Bullen, GSG 9 sowie Staatsschutzspitzeln in verschiedensten Formen, zerschlagen.
So geschehen am 28.5.94, als der kurdische Kulturverein in Saarbrücken von der GSG9, der "großen Schwester der schwarzen Käfer, eine türkische Mordtruppe in Kurdistan, überfallen und verwüstet wurde. Gesucht wurde nach PKK-FunktionärInnen, die man selbstverständlich im nachhinein als TerroristInnen entlarvt hätte. Doch stattdessen war die Aktion, aus Sicht der Staatsschützer, ein Griff ins Klo. Als einzige Person wird jedoch immer noch die Türkin Güler Y., die sich mit dem kurdischen Befreiungskampf solidarisiert, in Iso-Haft gefangengehalten. Gegen sie wurde ein Verfahren nach §129a eingeleitet, um die GSG 9-Kommandoaktion zu legitimieren.



Zusätzlich zu solchen "Terrorismusbekämpfungsaktionen" führt die staatlich gelenkte und von den Medien begierig aufgegriffene Hetze gegen KurdInnen in der BRD zur gewollten Pogromstimmung. In der Bevölkerung soll der Eindruck erweckt werden, sie selbst sei in ihrer Sicherheit von einer "kurdischen Gewalt" bedroht und die PKK keine legitime Stimmführerin des kurdischen Volkes, sondern eine "terroristische Organisation, die in der TR und in Westeuropa ZivilistInnen bedroht". Das neue europäische Haus, allen voran die BRD, hat aus ökonomischen und machttaktischen Gründen ein nachvollziehbares Interesse jegliche fortschrittliche kurdische Opposition zu unterdrücken und zu kriminalisieren, sowie weiterhin das Regime in der TR logistisch aktiv und umfassend zu unterstützen.
Kurdistan ist reich an Erdöl, Phosphat, Erdgas, Kohle und Wasser und wird somit zum Spielball imperialistischer Interessen. Regieführend sind Kapitalisten wie Benz, Siemens und andere. Zu betonen ist, daß die BRD-Regierung diese Unterdrückung einschließlich des Genozids am kurdischen Volk nicht nur duldet, sondern auch gezielt fördert.
Ihre Repressionspolitik im Inland gipfelte in der Tötung des 16jährigen Halim Dener, dessen Schuld darin bestand Plakate zu kleben. Symbole wie Fahnen und Embleme die mit PKK oder ERNK in Verbindung stehen, sind verboten, um Menschen abzuschrecken und mit Knast zu bedrohen, weil sie in unserer Zeit nicht mehr sagen wollen, sie hätten von den Transporten, moderner ausgedrückt, den Abschiebungen, nichts gewußt.
Für KurdInnen in der BRD sind Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit faktisch und umfassend außer Kraft gesetzt. Der praktisch verordnete Notstand gegen eine gesellschaftliche Gruppe birgt in sich auch die Warnung an alle anderen oppositionellen Kräfte in der BRD, mit Ihnen ebenso verfahren zu können.
Für uns ist klar, daß die BRD-Regierung unter dem Demokratie-Deckmäntelchen rassistische, faschistoide und regimeartige Politik betreibt, indem sie die durchaus legitime Arbeiterpartei Kurdistans kriminalisiert und in die Terrorismus-Schublade zu drücken versucht.



Foto: Roland Roder/ Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar
Vom Militär zerstörtes Haus in der kurdischen Stadt Lice

Angesichts der Tatsache, daß unsere sogenannten freien, unabhängigen und überparteilichen Medien zusätzlich diese faschistoide Gangart übernehmen, ist es wichtiger denn je, die Wahrheit auf den Tisch zu bringen und Presseüberschriften wie "kurdischer Blutsommer" und "kurdische Gewaltwelle schwappt über" zu kritisieren und richtigzustellen.

-mit dem Verbot der PKK und den fortgesetzten Waffenlieferungen behindert die BRD-Regierung gemeinsam mit der TR eine politische und friedliche Lösung des Kurdistan Konfliktes

-1500 Dörfer wurden in den vergangenen 2 Jahren entvölkert und zerstört. 4 Mio. KurdInnen sind auf der Flucht. Im August '94 wird bekannt, daß kurdische Flüchtlinge in Konzentrationslager gepfercht, gefoltert und auch ermordet werden

-die TR ist seit Jahren der größte Abnehmer des inzwischen zweitgrößten Rüstungsexporteurs der Welt, der BRD, die seit 1964 das Militärregime mit 6,3 Mrd.(!) DM unterstützt hat

-hinzu kommen "NATO-Verteidigungshilfen" aus alten NVA-Beständen zum Nulltarif. Hier nur einige Beispiele:

- -30 Kampfflugzeuge Phantom
- -170 Kampfpanzer Leopard I
- -300 Schützenpanzer BTR-60 PB
- -537 Schützenpanzer M 113
- -1000 Luft-Luft Raketen
- -5000 Panzerfäuste RPG-7 mit 200.000 Granaten
- -über 300.000 Kalaschnikows
- -175.000 Gasmasken

-die PKK hat mehrfach in diesem Jahr neben einem Waffenstillstand auch Verhandlungen über eine Lösung der "Kurdistanfrage" innerhalb der türkischen Staatsgrenzen angeboten



-in den vergangenen Monaten sind auf der Grundlage des PKK-Verbotes zahlreiche Demonstrationen und Veranstaltungen von KurdInnen in der BRD verboten worden. Über 200 KurdInnen sitzen zur Zeit in Haft

-die Innenministerkonferenz vom 26.11.94 hat den vorläufigen Abschiebestopp für KurdInnen aufgehoben und fällt somit das Todesurteil für an Leib und Leben bedrohte kurdische Flüchtlinge

Die Anerkennung der nationalen Identität und des daraus resultierenden Rechtes auf Selbstbestimmung der KurdInnen hier und überall sind eine wesentliche Vorraussetzung dafür die Unterdrückung, insbesondere den Völkermord und die Kriminalisierung, sowie die Ausbeutung des kurdischen Volkes zu beenden.

Unsere Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und unser Widerstand gegen die gegenwärtige deutsch-türkische Vernichtungspolitik sind die weiterführenden Mittel, um diese Zustände zu bekämpfen und zu beseitigen.

Bomben gegen Özgür Ülke ein weiterer Anschlag auf die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei und nicht nur das...

Özgür Ülke
YIL:1 / SAYI: 228
12 ARALIK 1994
BİR GRUP AYDIN VE SANATÇI, İSTANBUL'DA

Der Anschlag gegen Özgür Ülke hat deutliche Signalfunktion. Nur wenige Tage vorher hatte diese Zeitung das neue Friedensangebot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK veröffentlicht und an andere Medien weitergegeben. Am Samstag explodierten dann fast zeitgleich Bomben in den Redaktionsgebäuden der Zeitung in Ankara und Istanbul. Die Büros und der Verlag brannten völlig aus. Ersin Yildiz, ein Mitglied der Redaktion, kam in den Flammen ums Leben. 14 KollegInnen wurden verletzt. Mitarbeiter, die damit beschäftigt waren, den Brand zu löschen, wurden festgenommen. Den Betroffenen ist klar, daß der türkische Staat bzw. das Militär hinter dem Anschlag stecken. Das türkische Fernsehen und die staatsloyalen Medien suchten die Schuldigen gleich bei der fundamentalistischen Hizbollah oder der faschistischen Partei MHP, oder sie machten gar explodierende Gasleitungen für die Zerstörungen verantwortlich. Ministerpräsident Demirel wies alle Schuld von sich und gab vor, gründlich nach den Tätern zu fahnden. Um diese zu finden, müßte er wahrscheinlich nur ein paar Büros neben ihm anklopfen.

Die bisherigen staatlichen Repressionsmaßnahmen sprechen eine mehr als deutliche Sprache. 16 Redaktionsmitglieder wurden bisher bei Polizeiangriffen auf ihre Büros inhaftiert; seit dem 29. November wird Bahettin Karakütük, Korrespondent in Ankara, vermißt. Schon gegen die Vorgänger von Özgür Ülke (Özgür Gündem und Yeni Ülke), die über Beschlagnahmungen und Geldstrafen in den Ruin getrieben wurden, gab es andauernde Terrormaßnahmen. So wurden Redaktionsmitglieder verschleppt, gefoltert und ermordet. Selbst Kinder und Jugendliche, die die Zeitungen an Straßenecken verkauften, wurden terrorisiert, verletzt und vereinzelt auch ermordet.

Grund für diese Maßnahmen des Staates ist die Berichterstattung der alten Zeitungen, wie auch jetzt die von Özgür Ülke. Sie berichtet nämlich als eines der einzigen öffentlich zugänglichen Medien von Militäroperationen, Dorfzerstörungen und Vertreibungsaktionen des türkischen Militärs nicht nur in Kurdistan. Tagtäglich, wenn diese Ausgabe nicht gerade wieder beschlagnahmt wurde, werden Menschen durch diese Zeitung von Folter, Mord und Verschleppung informiert. Sie versucht jetzt mit Hilfe kleiner demokratischer Verlage und Redaktionen mit Notausgaben ihr Erscheinen aufrecht zu erhalten.

Weitere Indizien, die Täter in Reihen von Regierung und Militär zu suchen, sind in Äußerungen aus diesen Reihen zu finden. So fragte der für seine mordlüsternden Äußerungen bekannte Ex-Generalstabschef Dogan Güres öffentlich, warum denn diese Zeitung noch geduldet werde.

Zudem erinnert der Anschlag stark an Konterguerillamethoden wie sie in den 60er und 70er Jahren in Lateinamerika angewandt wurden. Danach gab es dort gezielte Programme, nach denen Militärs von CIA ausgebildet wurden, um die linke Opposition zu vernichten und gegebenfalls auch die demokratisch gewählte Regierungen zu destabilisieren. Offizieren wurde beigebracht, mit Bomben und Sprengstoff umzugehen und Terroranschläge zu verüben. Ziel dieser Anschläge war, daß das Militär die Macht übernimmt, um die Interessen des US-Kapitals dadurch zu sichern. Die Paralellen werden nachvollziehbar, wenn mensch sich bewußt wird, daß nachweislich (siehe ältere Ausgaben der K-BUTT) hier in der BRD türkische Konterguerillaeinheiten ausgebildet wurden und wie die deutsche Regierung das Militär in der Türkei über Jahrzehnte hin unterstützt hat und es auch weiterhin tut. Schließlich gehört man demselben "Verteidigungsbündnis" an und richtet auch seine Wirtschaftspolitik aufeinander aus. Beide Regierungen treten für die Aufhebung des Waffenembargos gegen die bosnischen Muslime des Fundamentalisten Itzetbegovic ein und stehen damit mit den USA für die einseitige militärische Lösung. Auch ist die BRD die Protagonistin einer schnellen Integration der Türkei in die Europäische (Wirtschafts- und Militär-)Union. Nach dem Rücktritt des türkischen Außenministers Soysal (Sozialdemokrat) gerät die türkische Regierungskoalition immer mehr ins Wanken. Der exzessive Krieg gegen die Kurden stürzt das Land immer tiefer in die wirtschaftliche Krise, ohne daß ein nahendes Ende abzusehen ist. Wer kann da noch die Stabilität im Land gewährleisten und die Interessen des internationalen Kapitals sichern, wer ?



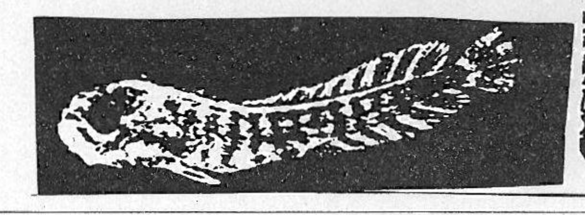
Foto: Roland Roder/ Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar
Vor der Militärkaserne der Stadt Lice am 29. Oktober 1993



Eradicated ("verrottet" - der Tippser/die Vorleserin) gibt's nun in der jetzigen Besetzung seit 1993. Ungewöhnlich für die Band die Sängerin Bambi Mohr; ungewöhnlich deshalb, da ansonsten in Bands, die im Hardcore/ .... /Trashbereich Musik machen, Frauen so gut wie nie vorkommen. Bzw. Frauen kein Interesse an schneller, lauter und agressiver Musik haben/zeigen. Wir haben das Interview mit Bambi gemacht, um vielleicht doch mehr Frauen für diese Musik zu begeistern. Außerdem ist es für uns interessant mitzubekommen, wie es Bambi als Frau in dieser "Männerscene" geht.

K-BUTT: *Du bist seit 1993 bei Eradicated als Sängerin dabei. Was war für Dich der ausschlaggebende Punkt, da mitzumachen ?*

Bambi: Ich habe die Jungs das erstemal auf einem Festival gesehen, wo sie noch ohne Sängerin ihre Künste zum besten gaben. Auf dem Festival haben wir über Musik geredet, uns unterhalten und Adressen ausgetauscht. Ich war total begeistert und fragte nach den Gründen, warum sie nur instrumental auftreten. Ich erfuhr, daß die "Lauer Band" (So hießen die früher - scheiße, gell?) schon seit längerem jemand für das Mikro suchen und ich doch einfach mal bei 'ner Probe vorbeikommen soll.



Hast Du das dann gemacht ?

Ne, oh Gott (Göttin - der Tipser/die Vorleserin) ! Ich hab' viel zu viel Schiß gehabt, mich nicht getraut.

Und wie habt Ihr dann doch noch zusammengefunden ?

Irgendwann standen der Gitarrist und der Drummer bei mir vor der Tür und haben gefragt, ob ich noch Interesse habe, bei ihnen zu singen.

Damit war dann die Entscheidung gefallen. Wie lief es weiter ?

Ich habe mir alle Lieder aufgenommen und Lied für Lied reingezogen. Nacheinander hab ich dann Texte zu den Liedern geschrieben.

Ihr habt mittlerweile 12 Lieder, sind das alles eigene ?

Bevor ich zu Eradicated kam, spielte die Band viele Covers. Mittlerweile spielen wir nur noch eigene Sachen.

Wer schreibt Eure Texte und von was handeln diese ?

Die Texte sind von Ralph, unserem Gitarristen, und mir und handeln von dem Dreck da draußen, was grad abgeht. "Realität", das sind Themen wie Tierversuche, Psychoträume, E-Stuhl (= Elektrischer Stuhl, oder was ? - T, V. und S.).

In einem eurer neuesten Lieder geht's ja um Gewalt gegen Frauen (No more sacrificed, nie wieder Opfer). Wie kamst Du zu dem Text ?

Ich wollte schon seit Ewigkeiten ein Lied zum Thema "Gewalt gegen Frauen" machen, aber mir ist nie so richtig was eingefallen. In irgendeiner K-BUTT hab ich dann das Gedicht "Abgedrehte Weiber" gelesen und gedacht, das ist es. Das kam echt wie gerufen. Ich hab's dann übersetzt und leicht abgeändert. Wichtig find ich da vor allem, daß wir Frauen keinen Bock mehr haben, für immer und ewig Opfer zu sein und zu bleiben.

Viele Frauen, die sexistische Gewalt erlebt haben, beziehungsweise Tag für Tag mit sexistischen Sprüchen und blöden Anmachen konfrontiert werden, fällt's schwer, offensiv damit umzugehen. Denkst Du, daß Du mit so 'nem Lied und Deinem Auftreten da was durchbrechen kannst?

Ich hoffe es doch. Wichtig ist, daß sich Frauen wehren, sich nicht alles gefallen lassen - genauso wichtig ist es aber auch, daß Leute da sind, die diesen Frauen Mut machen, sie unterstützen.

Du willst Frauen mit Deiner Musik ja auch in anderer Hinsicht Mut machen.

Klar ! Ich will Frauen Mut machen zum Abfahren. Auch zum Abfahren auf schnelle, laute und harte Musik.

Bei Konzerten wie Euren ist's aber doch immer wieder so, daß Typen ziemlich brutal sind und Frauen sich gar nicht trauen, mitzumachen ?

Das stimmt schon und nervt mich immer wieder. Wenn ich bei unseren Konzerten so etwas mitkriege, gehe ich rein - da kenn ich nix. Da gehe ich auch von der Bühne runter, oder sag' dem Publikum, daß ich aufhöre zu singen, wenn sie scheiße abfahren.

Bis Du auch schon blöd angemacht worden, weil Du eine Frau bist?

Bei mir ist das noch einmal etwas anderes, da viele Typen von mir denken, daß ich auch ein Typ bin. Das nervt mich tierisch. Wenn die dann mitkriegen, daß ich ne' Frau bin, sind sie ganz überrascht, weil sie mir als Frau so eine Musik gar nicht zugetraut hätten.

Wie reagieren Frauen auf Eure Konzerte ?

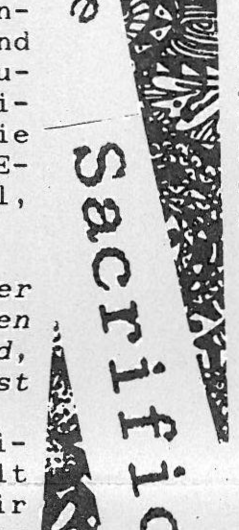
Eigentlich saugut. Leider ist es so, daß noch viel zu wenig Frauen auf so harte Musik abfahren - da muß sich unbedingt etwas ändern. Manchmal habe ich auch ein Scheißgefühl dabei, wenn Frauen nur wegen ihren Freunden/Mackern auf die Konzerten kommen. (Im Original steht überall Konzis, aber die Vorleserin möchte dieses Wort nicht aussprechen).

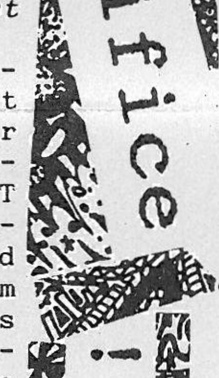
Außer Dir sind in Eurer Band nur Typen, wie geht es Dir dabei, und hast Du auch schon überlegt, mit Frauen Musik zu machen ?

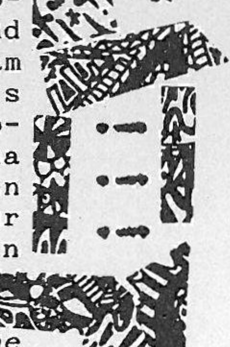
Mein absoluter Traum ist ja, in 'ner Frauenband zu singen/ spielen. Es gab da auch schon einmal einen Versuch, aber das hat dann doch nicht hingehauen. Wie gesagt, da muß sich noch einiges ändern. Frauen trauen sich da oft zu wenig, und es gibt halt leider noch nicht so viele, die auf so 'ne Musik abfahren. Solange das so ist, werde ich wohl weiter mit den Jungs Musik machen, und ich kann mich ja auch nicht beklagen - unter uns geht es echt korrekt ab.

Als letztes noch die Frage (nach dem Sinn und überhaupt...), was die Musik für Dich bedeutet und was Du Dir für die Zukunft vorstellst ?

Ich könnt mir kein Leben ohne Musik vorstellen. Da kann ich am besten meine ganzen Aggressionen abbauen. Das ist auch so wenn ich auf der Maloche (Bauschlosserin) bin. Da freu' ich mich auf's Proben und auf Konzerte, das hält mich über Wasser. Ich könnte ansonsten diesen Job gar nicht durchstehen. Für die Musik leb' und maloch ich. Das geht eigentlich allen bei Eradicated so. Tja, und für die Zukunft ... wie gesagt, 'ne Frauenband wäre echt geil, aber bis dahin will ich / wollen wir gucken, daß wir aus der Provinz rauskommen und überregional mehr Gigs haben. Ich hätte auch total Bock, in anderen Ländern zu spielen.















Kontaktadresse:
Bambi Mohr
Saarbrücker Straße 8
67742 Lauterecken

Achtung ! BassistIn gesucht !
Wir suchen eine/n Bassistin/ Bassisten, wenn Du Bock hast, bei uns mitzumachen, melde ich einfach mal.





ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN TINE UND CARSTEN AUS KAISERSLAUTERN WEGEN §129A

(UNTERSTÜTZUNG EINER TERRORISTISCHEN VEREINIGUNG)

Vor gut zwei Monaten (während des befristeten Hungerstreiks) wurde die gemeinsame Wohnung von Tine und Carsten unter dem Vorwand "Verdacht einer Sachbeschädigung" von Staatsschutzbullen durchsucht. Daß wir dazu noch nichts öffentlich gemacht haben, lag daran, daß wir warten wollten, bis wir (über Rechtsanwalt) Einsicht in die Ermittlungsakten haben. Diese Akten sind noch immer nicht bei dem Rechtsanwalt gelandet, dafür ist jetzt eine staatsanwaltschaftliche Vorladung bei den beiden ins Haus geflattert, in der es unter anderem heißt: "In einem Ermittlungsverfahren hat sich gegen Sie der Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ergeben." Jetzt ist die Katze aus dem Sack und unsere Befürchtungen, daß es den Bullen bei der Durchsuchung nicht um das Auffinden von verschmutzter Kleidung und Sprühdosen ging, haben sich bestätigt.
Am 3.8.94 wurde ein Fahrzeug sowie die Wohnung von Tine und Carsten von Beamten des Staatsschutzes/Kripo KL durchsucht. Die ganze Aktion verlief sehr spektakulär. Angefangen damit, daß ein Ziviauto, das den beiden zuvor nicht gefolgt war, hinter den beiden anhielt, als sie gerade vor einer Kneipe parkten, wo sie sich mit FreundInnen treffen wollten. Die zwei Staatsschützer sprachen die beiden direkt namentlich an und hielten ihnen ihre grünen Kärtchen sowie den Durchsuchungsbeschluß für das Auto und die Wohnung der beiden vor die Nase. Zwei Streifenwagen kamen mit Vollgas, Blaulicht und Tatütata dazu, sodaß jede/r in der Kneipe und der Straße die Aktion mitbekommen mußte. Auf die Frage, um was es denn überhaupt ginge, wurde nur auf den Durchsuchungsbeschluß verwiesen (wegen Verdacht der Sachbeschädigung/DRK-Gebäude KL). Gesucht wurde (offiziell) nach Sprühdosen und verschmutzter Kleidung. Auch die Durchsuchung der Wohnung war eher dazu geeignet, öffentliches Aufsehen zu erregen, als sonst etwas. In der Wohnung schienen die Bullen eher an Plakaten an den Wänden, Aufklebern und dem Bücherregal interessiert zu sein als an dem vorgegebenen Grund der Durchsuchung. Auf jeden Fall waren sie nicht ernsthaft bemüht, irgendetwas zu suchen, sondern guckten sich "nur" die Wohnung genauer an.
Sie weigerten sich, den Widerspruch gegen die gesamte Aktion und die Beschlagnahmung eines Plastikdeckels, den sie im Auto "sicherstellten", zu protokollieren sowie den leerstehenden Platz auf dem Bullenprotokoll durchzustreichen.
Einige Tage später wurde den beiden eine polizeiliche Vorladung zugeschickt, mit dem Grund Erkennungsdienstliche Behandlung und Verhör, zu dem die beiden allerdings nicht gingen.
In den Wochen nach der Durchsuchung kursierten die wildesten Gerüchte in der Stadt. Da wurden z.B. Leute am PDS-Infostand auf ein "sich neu konstituierendes RAF-Umfeld" angesprochen. Angeblich hätte ein Journalist von einem Rechtsanwalt davon erfahren und wollte sich jetzt mit diesen Leuten in Verbindung setzen. Ein andernmal war zu hören, daß Leute aus dem "RAF-Umfeld" ein Haus in KL angemietet hätten.
Wir gehen davon aus, daß bei der Streuung solcher Gerüchte der Staatsschutz nicht ganz unbeteiligt ist. Der Begriff "RAF-Umfeld" ist seit jeher ein Staatsschutz-Konstrukt, das darauf abzielt, Menschen, die sich solidarisch zu gefangenen GenossInnen verhalten und sich für deren Zusammenlegung bzw. Freilassung einsetzen, einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Konstrukte wie dieses setzen auf Entsolidarisierung innerhalb der Linken und sollen verhindern, daß sich Menschen offen, kritisch und solidarisch mit der Geschichte der revolutionären Linken auseinandersetzen können. Da diese Geschichte auch den (bewaffneten) Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Kapitalismus beinhaltet, wird von der Seite des Staats(schutzes) alles dafür getan, offene Diskussionen darüber zu verhindern.



Um sich vor repressiven Angriffen und Ermittlungsverfahren (u.a. 129a) zu schützen, wird in linken Zusammenhängen oft mit einem Distanzierungsvokabular jongliert, was nicht selten mit dem Nichtformulieren bzw. mit der Zurücknahme eigener Positionen verbunden ist und somit (oft) auch eine (Neu)Bestimmung revolutionärer Politik be- oder gar verhindert.
Daß wir schon länger im Blickfeld des Verfassungsschutzes stehen, beweist sich auch in einem Dossier des VS Rheinland-Pfalz über "Autonome in Rh-Pf"). Darin wurden die in KL erscheinende Zeitung "K-Butt" und K.O.K.Roaches (Kultür ohne Kommerz; nach VS-Bericht "autonome K.O.K.Roaches Gruppe") benannt.
Auch diese erneuten Aktionen des Staatsschutzes, die Durchsuchung, das Konstrukt "RAF-Umfeld" und das Ermittlungverfahren wegen des Verdachts auf Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gegen Tine und Carsten zeigen, daß es ihnen in erster Linie um einen Angriff auf unsere politische Arbeit, die wir nicht losgelöst von der Geschichte der revolutionären Linken und der Situation der politischen Gefangenen bestimmen können (und wollen), geht.
Aber wir lassen uns nicht so leicht einschüchtern und werden auch weiterhin alles dafür tun, daß hier in dieser Stadt offene Diskussionen mit interessierten Menschen stattfinden und möglich sind und versuchen nach wie vor, politische Zusammenhänge transparent zu machen, um gemeinsam mit anderen politische und praktische Perspektiven zu entwickeln.

Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Tine und Carsten !
Keine Aussagen bei Bullen und Justiz !

Wir müssen davon ausgehen, daß der Staatsschutz im Zusammenhang mit diesem Ermittlungsverfahren, aber auch darüber hinaus versuchen wird, Menschen aus unseren oder um unsere Zusammenhänge/n anzuquatschen, um sie als ZeugInnen bzw. SchnüfflerInnen gegen uns zu gewinnen.
Wehrt euch gegen solche Anquatschversuche, auch wenn sie euch unter Druck setzen (d.h. bei Eltern, Arbeitsstelle, Schule usw. auftauchen oder euch mehrfach besuchen).
Der Staatsschutz besitzt keine rechtliche Handhabe, um euch zu eine Gespräch mit ihnen zu zwingen !! Verweigert jede Aussage!
Der beste Schutz gegen solche Schnüffeleien ist es, diese öffentlich zu machen. Meldet euch bei uns (K.O.K.Roaches, Gasstraße 41, 67655 KL), falls ihr angeschwatzt worden seid /werdet.

Wenn ihr euren Protest gegen das Ermittlungsverfahren zum Ausdruck bringen wollt, schreibt/faxt Protestbriefe/Resolutionen an die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern

Lauterstr.2
67657 KL

Postfach 3560
67623 KL

Fax: 0631/3721-256

Heinrich Heine:
Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

Wir, Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen.

»Ausländer, Fremde, sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.

Auch Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud' und Christ.
Es schließe jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

Wo ihrer drei beisammenstehn,
Da soll man auseinandergehn.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.

Es liefre seine Waffen aus
Ein jeder in dem Gildenhaus;
Auch Munition von jeder Sorte
Wird deponiert am selben Orte.

Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich füsiliert;
Das Räsonieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestrafet werden.

Vertrauet eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.«





Zwangsvorführung durch Staatsanwalt Bachmann



Wie im obigen Flugblatt erwähnt wurde, wurden Tine und Carsten Ende September mit einer staatsanwaltlichen Ladung konfrontiert, in der auch gleich mit einer Zwangsvorführung gedroht wurde. Sie versuchten, über ihre Anwälte zu erreichen, daß sie nicht zu dieser Ladung erscheinen müssen. Gründe für diese Weigerung waren erstens, daß es ihnen und ihren Anwälten nicht nachvollziehbar war, warum sie vom Staatsanwalt in das Polizeipräsidium Pfaffplatz geladen wurden und zweitens, daß sie sowieso von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen würden. StA. Bachmann bestand aber auf diesen Termin, so daß am 13.10.94 um 10:30 Uhr sechs Staatsschützer mit einem Vorführungsbeschluß vor Tine und Carstens Tür standen. Da im Haus aber niemand zur Betreuung der zwei anwesenden Kinder und der pflegebedürftigen Oma war entschlossen sich die Staatsschützer nach Rücksprache mit dem StA. "nur" Carsten mitzunehmen. Er wurde auf dem Revier ed-mißhandelt und irgendwem gegenübergestellt, was der StA. (Staatsanwalt) wiederum, anders als auf der Ladung, mit Ermittlungen wegen Sachbeschädigung begründete. Nachdem Carsten dann seinen Protest gegen die Amtshandlungen und seine Aussageverweigerung zu Protokoll gab, war das Schauspiel beendet. Noch zu erwähnen bleibt, daß weder Carsten noch Tine (bzw. ihren Anwälten) Akteneinsicht gewährt wurde.

Politische Einschätzung des Verfahrens

Vorab zu ist erwähnen, daß der Staatsschutzangriff gegen Tine und Carsten nur einer von vielen ist, die in letzter Zeit öffentlich wurden. Weitere Beispiele sind unter anderem die §129a-Kriminalisierung der Antifa (M) aus Göttingen, die im Juli dieses Jahres mit flächendeckenden Durchsuchungsaktionen (u.a. Buchladen Rote Straße, Asta Uni Göttingen....) einen neuen Höhepunkt erreichte. Die Kriminalisierung von Ursel Q. (Saarbrücken) über die wir an anderer Stelle in dieser Zeitung berichten. Die Kriminalisierung von Gitta Pohl, Frau des RAF-gefangenen Helmut Pohl, wegen der Anne Rauch und Gisela Dutzi in Beugehaft genommen wurden. Auslöser für diese §129a-Kriminalisierung, wie der von Ursel, sind Aussagen des VS-Spitzels K.Steinmetz. Außerdem kam es zu mehreren massiven Anquatschversuchen von Staatsschützern, vor allem bei jungen Antifa's und Linken, unter anderem in Darmstadt, Saarbrücken, Heidelberg und Homburg.
Diese Angriffe haben alle eins gemeinsam, sie sind nicht in erster Linie Angriffe auf Einzelne, sondern auf die Strukturen, in denen die Betroffenen politisch aktiv sind. Wenn die Struktur (Organisation) nicht gleich als ganzes kriminalisiert wird, wie z.B. bei der Antifa (M)....
So ist auch die Kriminalisierung von Tine & Carsten ein Angriff auf die Strukturen in Kaiserslautern. Ein weiterer Beweis dafür ist, daß verschieden Gruppen aus Kl. im rheinlandpfälzischen VS-Dossie "Autonome" ausführlich, mit Namen und Kontaktadressen, aufgeführt werden. Der politische Zusammenhang in dem



sie aktiv sind besteht jetzt seit ungefähr 4 Jahren. In dieser Zeit hat sich aus diesem heraus eine kontinuierliche politische Diskussion und Praxis entwickelt, die zum Bezugspunkt nicht weniger Menschen und auch anderer politischer Zusammenhänge in der Stadt und über die Stadt hinaus geworden ist.

Wie in den vorausgegangenen Texten schon beschrieben, geht es bei dem Ermittlungsverfahren gegen Tine & Carsten vordergründig um eine Sachbeschädigung. Auf eine Wand in der Augustastr. wurde während des befristeten Hungerstreiks der politischen Gefangenen aus der RAF die Parole "Freiheit für Irmgard Möller, ohne Wenn und Aber" gesprayt. Was, wenn es als einziger Tatbestand der Tine & Carsten zur Last gelegt wird, wohl kaum für eine Verurteilung nach dem §129a langen würde. Da bisher die Staatsanwaltschaft noch keine Akteneinsicht zugelassen hat, können wir nicht richtig einschätzen, was den beiden noch angedichtet werden soll.
Wir denken, daß einer der Gründe für die Kriminalisierung der beiden ist, sie und damit den gesamten politischen Zusammenhang zu isolieren. So wird der Gesinnugsparagraph 129a schon immer dafür benutzt, politische Zusammenhänge und Einzelpersonen für andere als "kriminell" bzw. "terroristisch" erscheinen zu lassen oder aber bestimmte Positionen und Diskussionen (z.B. Forderung nach der Freiheit alle politischer Gefangenen ...) in einem breiteren Kreis unmöglich zu machen. Gerade in einer Zeit der politischen Krise der revolutionären Linken soll die Diskussion um Perpektiven und Wege der Neubestimmung verhindert werden.

Ein anderer wichtiger Grund ist, daß sich der Staatsschutz mit der Eröffnung des Ermittlungsverfahrens die Möglichkeit geschaffen hat, bisher schon angewandte Bespitzelungsmöglichkeiten zu legalisieren (d.h. Abhören der Telephone, dauernde Observationen und andere Einschränkungen der Persönlichkeitsrechte).

Der Staatsschutz kann auch die Möglichkeit wahrnehmen, Menschen aus dem persönlichen oder politischen Umfeld als Zeugen gegen die Betroffenen vorzuladen. Auserdem können sie weiterhin versuchen, aus diesem Personenkreis Spitzel anzuwerben, um einen noch größeren Überblick über die persönlichen Aktivitäten ganzer Zusammenhänge zu haben und um dort Gerichtsverwertbares zu sammeln.

Ein anderer nicht zu unterschätzender Faktor ist, daß ganze politische Gruppen als Reaktion auf dauernde Kriminalisierungsversuche auf Antirepressionsarbeit festgelegt werden sollen. Dies verhindert eine offensive Weiterentwicklung politischer Vorstellungen. Wir sehen es trotzdem als wichtig an, sich mit Repressionsmethoden und der Logik, welche dahinter steckt, inhaltlich auseinanderzusetzen, um aus den Ergebnissen heraus offensiv mit den Schweinereine umzugehen, die sie uns und anderen Menschen noch reindrücken wollen.

Büro und Anlaufstelle für Selbstorganisierung-Internationalismus-soziale Emanzipation

basis

Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken
Tel.: 06 81 / 39 99 90
Fax.: 06 81 / 3 41 45
Montags und Mittwochs
17.00 - 19.00 Uhr

Erste Presseerklärung vom 9. November 1994

Erneuter Staatsschutzangriff auf linke Opposition

Haftbefehl gegen unsere Genossin Ursel Quack wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung".

Aha! Jetzt hat das vereinte Repressionsorchester aus Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz eine neue Partitur. Nach den Konstruktionen "legale RAF" und "Gesamt-RAF" in den achtziger Jahren, wird hier - unseres Wissens zum ersten Mal - eine sicher noch vage politische Konzeption einer Gegenmacht von unten kriminalisiert. Und dies, wie es in der Begründung des Haftbefehls deutlich wird, mit einer gleich flächendeckenden Handhabe gegen jede Ansätze von linker Opposition und Selbstorganisierung.

Der Dreh, mit dem das ganze aufgezogen wird, ist denkbar einfach. Zuerst wird in dem Haftbefehl dargestellt - wie könnte es auch anders sein -, daß die RAF "terroristisch" und "kriminell" sei. Danach, daß es eine neue Konzeption der RAF gäbe, nämlich die "Gegenmacht von unten", die unsere Genossin in Saarbrücken umgesetzt habe. Am Schluß werden dann die eigenständigen und selbstorganisierten Projekte wie *Gelbe Punkt Aktion*, *Antifaschistisches-Antirassistisches Notruftelefon usw* quasi zu "Tarnorganisationen" und "Unterabteilungen" im Rahmen einer "neuen RAF-Strategie" umgelogen.

Die Drohung ist deutlich. Und in der Perspektive können damit auch gleich ganze politische Gruppen und Basisinitiativen kriminalisiert und auf die Anklagebank gehockt werden.

Angesichts der anrollenden und wie gehabt mit deutscher Gründlichkeit betriebenen Repression, brauchen wir Solidarität. Solidarität, die bereit ist, über die unmittelbare Betroffenheit hinaus sich zu organisieren und die Inhalte und gesellschaftspolitischen Ziele emanzipatorischer Kämpfe aufzugreifen und weiterzuentwickeln.

Zum Schluß noch eins. In der Logik der herrschenden Klasse ist Ursel "schuldig". "Schuldig", weil sie den Kampf um revolutionäre Veränderung auch in bitteren Zeiten nicht losgelassen hat:
Für menschenwürdige Lebensbedingungen. Für soziale Emanzipation. Für internationale Solidarität.

Schlagen wir die Staatsschutzangriffe gemeinsam zurück!

Saarbrücken, den 14.11.94

Zum Hintergrund der Vollstreckung des Haftbefehls gegen Ursel Quack

- ein Bericht -

Die Hektik und der Eifer der letzten Tage haben mit dazu geführt, daß wir in unserer ersten Presseerklärung zur Verhaftung von Ursel Quack die politische Entwicklung, die zur Vollstreckung des Haftbefehls geführt hat, nicht nochmal ausdrücklich dargestellt haben. Dadurch haben wir selbst dazu beigetragen, daß der Eindruck entstehen konnte, daß Ursels Verhaftung alleine auf ihre unmittelbare politische Praxis in antirassistischen und antifaschistischen Basisinitiativen vor Ort zurückzuführen ist.

Zur Erinnerung...

Der Anlaß für die Verhaftung liegt jedoch eineinhalb Jahre zurück und ist mit den Ereignissen um Bad Kleinen im Juni 1993 verbunden, als Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld verhaftet wurden. Beide waren in der RAF organisiert. Sie hatten sich an diesem Wochenende, wie bereits mehrmals vorher auch, mit Klaus Steinmetz getroffen, im Glauben daran, daß es sich bei ihm um einen Genossen aus der linksradikalen Szene handele, der Interesse an einer Diskussion mit der Guerilla um die Perspektiven revolutionärer Politik habe. In Wirklichkeit ist Steinmetz ein Agent des Verfassungsschutzes, der sich bis dahin 10 Jahre une tdeckt in autonomen und revolutionären Zusammenhängen der Linken bewegt hatte. Der Einsatz in Bad Kleinen, der zum gewaltsamen Tod von Wolfgang und zur Verhaftung von Birgit geführt hatte, war von langer Hand vorbereitet und unter der Koordination von Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz durch Beamte der GSG-9 durchgeführt worden. Obwohl die Presse bereits unmittelbar danach von dem Einsatz eines V-Manns in Bad Kleinen berichtete, dauerte es quälend lange Wochen, bis in der Linken der Blick und Kopf dafür frei wurden, daß Steinmetz als VS-Agent sich jahrelang das Vertrauen von Genossinnen und Genossen aus der linksradikalen Bewegung erschleichen konnte.

Die Konsequenzen...

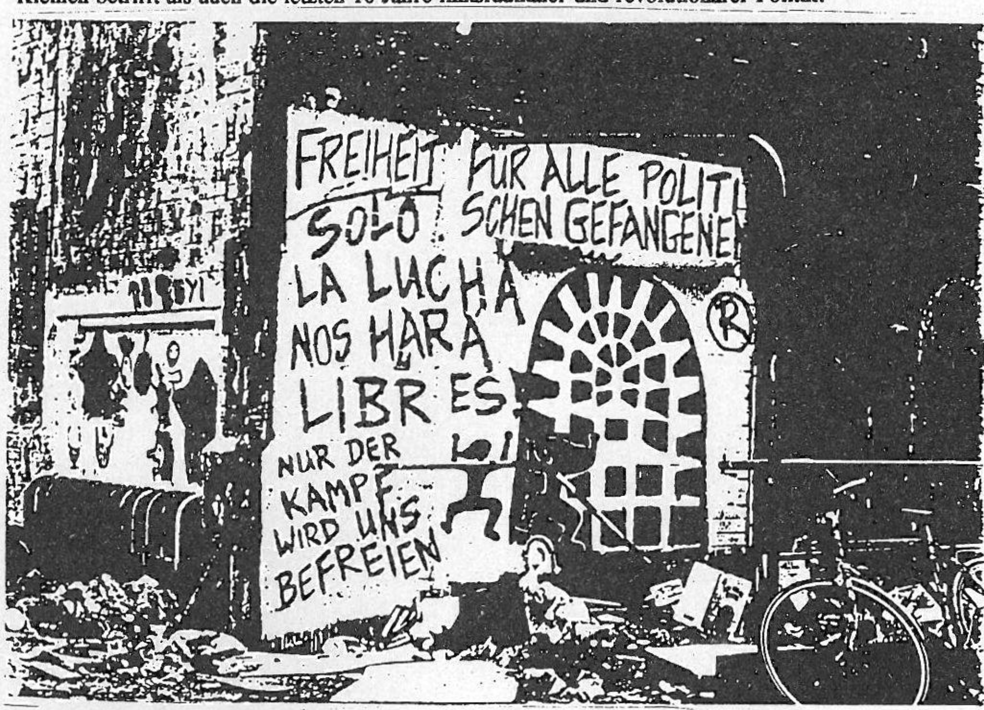
Es ist klar, daß der VS-Agent jede von den herrschenden Stellen gewünschte Version zu Ereignissen der letzten 10 Jahre, die in Zusammenhang mit der radikalen Linken und revolutionären Bewegung zu bringen sind, liefern wird. Er wird zu jeder Lüge bereit sein, womit Genossinnen und Genossen kriminalisiert werden können. Bereits jetzt existieren in den Anklageakten gegen Birgit Hogefeld 300 Seiten "Aussagen" von Steinmetz, es kursiert eine Liste der BAW mit Namen von über 20 Personen, die laut ihm dafür in Betracht kommen sollen, Kontakte mit der Guerillagruppe RAF herzustellen.
Gegen Stefan Frey (ehemaliges Mitglied der RAF) und Gila Pohl (Ehefrau des Gefangenen aus der RAF -Helmut Pohl- und ehemals aktiv in der Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen in Frankfurt/Main) laufen diesbezüglich bereits Ermittlungsverfahren. Im Zuge des Verfahrens gegen Gila Pohl wurden vor zwei Monaten drei GenossInnen in Frankfurt zur Zeugenaussage-Erpressung festgenommen. Alle drei haben die Aussage verweigert, worauf zwei von ihnen - Gisela Dutzi und Anne Rauch - zu 5 bzw 4 Monaten Beugehaft verurteilt wurden.

Die Katze ist aus dem Sack...

Auch Ursel hatte, wie viele in der Zeit, Kontakt zu Steinmetz. Im Frühjahr dieses Jahres wurde ein vom BKA lanciertes 18-seitiges Papier mit dem Vermerk "nicht gerichtsverwertbar" der Presse zugespielt. In diesem werden Briefe und andere Schriftstücke angeführt, die in einem Rucksack, der kurz nach der Staatsaktion in Bad Kleinen in der Nähe in einem Schließfach gefunden worden sei und Birgit Hogefeld zugeordnet wurde, gewesen sein sollen. U.a. wird ein persönlich gehaltener Brief erwähnt, der auf Grund darin genannter "autobiografischer Daten" Ursel zugeordnet wurde. Weitere Personen - auch aus Saarbrücken - werden in Verbindung mit Steinmetz in dem BKA-Papier aufgeführt. Aus Broschüren und anderen Texten aus der Saarbrücker Region, die ebenfalls in dem Rucksack von Birgit gewesen sein sollen, wird der Hintergrund gezimmert, der jetzt im Haftbefehl ausgeführt ist: Ursels "Einbindung in die neue Strategie der RAF, einer Gegenmacht von unten".
Der Haftbefehl erweckt den Eindruck, daß er bereits seit einem Jahr in der Schublade der Bundesanwaltschaft gelegen hat. Anfragen von Ursels Anwalt bzgl der Ermittlungstätigkeit der BAW gegen seine Mandantin (wie sie in dem BKA-Papier angedeutet sind) werden im Frühjahr 1994 seitens der BAW mehrmals ausweichend beantwortet. Daraufhin veröffentlicht Ursel im Juni 1994 eine Presseerklärung zu den Andeutungen seitens der Presse und des BKA. (siehe Anlage)

Prozeß gegen Birgit Hogefeld...

Der Zeitpunkt der Vollstreckung des Haftbefehls gegen Ursel hat seinen Hintergrund auch im am Dienstag, den 15.11.94 beginnenden Prozeß gegen Birgit Hogefeld. Dieser wird nicht nur wegen des Zusammenhangs mit der staatlichen Verschleierung der tatsächlichen Vorgänge in Bad Kleinen von öffentlichem Interesse begleitet werden sondern auch auf Grund der angedeuteten Absicht einer politischen Abrechnung seitens der BAW mit militanter, revolutionärer Politik der letzten 10 Jahre in der BRD.
Damit es nicht zu einem Durchmarsch der staatlichen Seite kommt wird es bitter notwendig sein, daß wir uns Gehör verschaffen und uns nicht mit den staatlichen Versionen abfinden, sowohl was Bad Kleinen betrifft als auch die letzten 10 Jahre linksradikaler und revolutionärer Politik.



Seit über 20 Jahren gibt es Isolationsfolter gegen die politischen Gefangenen...

Nicht von ungefähr wird in dem Haftbefehl gegen Ursel ihre politische Geschichte seit Anfang der 80er-Jahre angeführt und darin ihre Auseinandersetzung mit den Gefangenen aus der RAF. Seit über 20 Jahren betreibt der Staat eine Strategie der politischen Isolierung der politischen Gefangenen, die sich bis heute darin fortsetzt, daß bspw Birgit Hogefeld u.a. mit einem Interview-Verbot belegt wird, um zu verhindern, daß ihre - die authentische Version der Geschichte der RAF der letzten 10 Jahre - einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich wird.
Nicht von ungefähr wird im Zusammenhang mit der Aktion der BAW und des BKA letzte Woche in Saarbrücken verschwiegen, daß am Mittwoch, den 9.11. das BKA im Gefängnis in Aichach die Zelle von Manuela Happe - seit 1o Jahren Gefangene aus der RAF - durchwühlt und neben anderen Briefen ihre gesamte Korrespondenz mit Ursel beschlagnahmt hat. Manu ist - wie Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Rolf Heißler - seit Jahren von anderen Gefangenen aus der RAF isoliert.

Es wird vor allem eine Frage an uns, die Zusammenhänge und Gruppen der radikalen Linken sein, inwieweit sich öffentliches Interesse und Druck dafür entwickeln läßt, aufzudecken was bisher zuoft in den Kanälen der Geheimdienst- und Staatsschutzstrukturen versickern konnte. Darüber die Nase zu rümpfen kann nicht alles sein.
Und es wird eine weitere Frage an uns sein, wie lange noch dieser Staat die Rechenschaft für seine Machenschaften verweigern kann ohne Konsequenzen daraus fürchten zu müssen.

Anhang:

Noch ein paar ergänzende Fakten zur Verhaftung von Ursel:

Am Dienstag, den 8. November 1994 wurde Ursula Q. in ihrer Wohnung in Saarbrücken verhaftet.
Zeitgleich fanden fünf Durchsuchungen in Saarbrücken statt. Sowohl der Haftbefehl gegen Ursula Q., als auch die Durchsuchungsbeschlüsse sind vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe wegen § 129a "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" erlassen worden. Der Haftbefehl ist mit 11. Oktober datiert, ebenso vier der Durchsuchungsbeschlüsse. Ein weiterer Durchsuchungsbeschluß ist mit 8. November datiert.
Die Durchsuchungen fanden unter massivem Polizeiaufgebot statt. Die Leitung hatte das Bundeskriminalamt, ebenfalls anwesend war ein Staatsanwalt des Bundesgerichtshofes.
Folgende Räumlichkeiten in Saarbrücken wurden durchsucht: Wohnung von Ursula Q., ihr Arbeitsplatz, das Büro von basis in der Alten Feuerwache, ein angemieteter Kellerraum, sowie die leergeräumte und zum 1. November 1994 gekündigte Wohnung von Ursula Q.
Mitgenommen wurden schriftliches Material, Aktenordner z.B. zu der bundesweiten Initiative Libertad!, Briefe von und an politische Gefangene aus der RAF, sowie alle Disketten und die gesamte Computeranlage von basis.
Heute wurde in Karlsruhe vom Bundesgerichtshof der Haftbefehl bestätigt.
Ursel ist in der JVA Zweibrücken inhaftiert.
Post an Ursel muß über BGH, Herrenstr. 45a, 76133 Karlsruhe geschickt werden.

Wir dokumentieren noch ein paar Auszüge aus dem Haftbefehl:

Ein wesentliches Merkmal der "Gegenmacht von unten" ist auch ein Eingehen auf die lokalen Probleme der Bevölkerung, die Konkretisierung der Umfeldarbeit und die Abstandnahme von abstrakten ideologischen Diskussionen. Die Individuen sollen nicht mehr alleine gegen den Staat vorgehen müssen, sondern sich auf die Unterstützung durch die revolutionären Kräfte, hier insbesondere die "RAF", verlassen können. (Seite 7 des Haftbefehls)

Die Beschuldigte Q. beschäftigt sich mit dem Aufbau von Organisationsstrukturen, die dem oben dargestellten Konzept der "RAF" über eine "Gegenmacht von unten" entsprechen.
Mit den nachfolgend aufgezeigten Organisationsstrukturen sollen solche Personen, die im Sinne der "RAF" "politisierbar" sind, zunächst unverfänglich angesprochen werden. Die unterschiedlichen Projekte dienen dazu, die ideologische Position und die Zuverlässigkeit der einzelnen Personen sowie deren Bereitschaft sich im Sinn der "RAF" zu engagieren, überprüfen zu können. (Seite 8 des Haftbefehls)

...Diese Gelbe Punkt Aktion soll von "Faschisten" bedrohten Ausländern Hilfe leisten. Ergänzt wird diese Gelbe Punkt Aktion durch das von der Beschuldigten maßgeblich mitorganisierte Antifaschistische Notruftelefon.

Die Nummer des Notruftelefons wird durch Flugblätter und Plakate bekanntgegeben. Der Telefonanschluß wird von einem Bereitschaftsdienst, u.a. der Beschuldigten bedient. Insbesondere an Wochenenden ist das Telefon durchgehend besetzt. Für den Fall eines "faschistischen Übergriffs" oder einer aus sonstigen Gründen für erforderlich gehaltenen Mobilisierung kann von dem Bereitschaftsdienst eine Telefonkette ausgelöst werden, die es ermöglichen soll, innerhalb kurzer Zeit eine größere Anzahl von Personen zum Zweck der Einschüchterung eines Gegners oder für eine Spontandemonstration zu organisieren.
Weiterhin war und ist die Beschuldigte Q. in einer Vielzahl von anderen Projekten, wie z.B. Hausbesetzungen, Bürgerinitiativen, Friedensbewegung u.a. tätig. Besonderes Engagement zeigt sie im Eintreten für die Interessen der Kurden. (...) In der Zeit vom 19. bis 26. September 1993 nahm sie an einer Reise in die Türkei teil, bei der das Hauptgewicht auf der Besichtigung des überwiegend von Kurden bewohnten Landesteils und dem Treffen mit kurdischen Organisationen lag. U.a. besuchte sie einen Prozeß gegen Mitglieder der verbotenen Zeitung "Özgur Gündem". (Seite 9 unten und Seite 10 des Haftbefehls)



Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem VS-Bullen Steinmetz

Ende Februar 1994 wurde vom BKA ein 18-seitiges Papier - "Betreff Ermittlungsverfahren gegen Birgit Hogefeld wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, hier: Mögliche Kurierfunktion des Klaus Steinmetz" - an die Presse gegeben (Siehe taz vom 26.02.94). Das Papier ist mit "Nicht gerichtsverwertbar" gestempelt und datiert schon vom 13.08.93. In ihm sind mit Vor- und Zunamen einige Personen genannt, die als "gemeinsame Bekannte" in irgendeiner Beziehung zu Steinmetz und anderen genannten Personen stehen sollen. Von weiteren Leuten sollen Briefe bzw. Unterlagen bei Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld gefunden worden sein.
Inhaltlich stellen die "Ermittlungsergebnisse" einen Aufguß von Konstruktionen und willkürlichen Auflistungen von Personen dar. Das Papier kursiert mittlerweile in geschwärzter wie in ungeschwärzter Form, was die Namen betrifft, in den "Szenen" einiger Städte.
Zu mir steht in dem Papier unter anderem:
"Im Besitz der Birgit Hogefeld wurden - gemeinsam in einem schwarzen Plastikmäppchen - sichergestellt: ... -Brief der Ursula Quack... Sowie - in einer Leinentasche und als mutmaßliche Anlagen zum o.g. Brief der Quack gehörend -umfangreiches Zeitschriftenmaterial/ Broschüren aus der Region Saarbrücken..." Aus der Telefonüberwachung im Rahmen des laufenden Ermittlungsverfahren gegen Quack geht hervor, daß diese in der 31. KW die Telefonnummer des Steinmetz in Wiesbaden anrief..."
Ende April 1994 ließ ich über einen Anwalt eine Anfrage bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe machen, um Bestätigung bzw. Information über Inhalt und Stand des Ermittlungsverfahrens zu bekommen. Der Generalbundesanwalt antwortete darauf mit Schreiben vom 10.05.1994: "Anfragen, ob bei der Bundesanwaltschaft gegen bestimmte Personen Ermittlungsverfahren geführt werden, können grundsätzlich nicht beantwortet werden, da auf eine solche Auskunft kein Anspruch besteht. Dies gilt auch für ihre Anfrage vom 26. April 1994 und die darin gestellten Anträge."
Es ist mir wichtig, diesen Sachverhalt öffentlich zu machen, weil ich ihn nicht als Privatauseinandersetzung zwischen mir und dem Repressionsapparat begreife. Es ist davon auszugehen, daß die Bundesanwaltschaft stapelweise Aussagen von Steinmetz zur Verfügung hat. Während sie sich damit gegenüber den von Ermittlungen Betroffenen und der Öffentlichkeit völlig bedeckt hält, wurden mittlerweile mehrere Hausdurchsuchungen im Rhein-Main-Gebiet durchgeführt - zwecks angeblicher Beweissicherung für zukünftige Ermittlungsverfahren.
Ich gehe davon aus, daß bei der Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen mich läuft, und daß sie sich grundsätzlich mir und anderen gegenüber derzeit vorbehalten wollen, ob und wie sie in Zukunft vorgehen.

Ursel Quack Saarbrücken im Juni 94

Wir verweisen an dieser Stelle auf die Broschüre von basis:
"like a rolling stone"
Zur Krise der revolutionären Linken
Eine Aufarbeitung zu Steinmetz



KEINE ZWANGSARBEIT BEI BMW FÜR ROBERT !

Stell dir vor, dir wird heute mitgeteilt, daß du ab morgen bei BMW eingestellt bist. Ohne gefragt zu werden. Für einen Tageslohn von ca. 9 DM. Für stumpfsinnige Arbeit. Sie drohen mit verschärfter Einzelhaft (Arrest) und anderen Disziplinarmaßnahmen, fallst du dich weigerst. Du weigerst dich schon zum 3. Mal, bei BMW zu arbeiten. Sie geben dir dafür auf's neue den Titel "Schuldhaft ohne Arbeit", obwohl dir eine Umschulung verweigert wird. Das heißt, keine vorzeitige Haftentlassung, keine Hafterleichterungen, keine Umschulung...

Seit dem 23.9.94 weigert sich Robert, Gefangener im Knast Straubing/Bayern, für die Profite des Automobilkonzerns BMW und der JVA Straubing zur Zwangsarbeit auszurücken. BMW ist ein Multinationaler Konzern mit jährlichen Gewinnen in Mrd.-Höhe. Diese Gewinne verdankt der Konzern einer weltweiten Ausbeutung von Menschen und der Natur - sowie der Zwangsarbeit von Gefangenen, die dafür einen Hungerlohn bekommen. Für die Wirtschaft und den Knast selbst ist diese Sklaverei eine lohnendes Geschäft. Multikonzerne von Daimler bis PanAm sowie Wäschereien und Gerichte lassen im Knast für Pfennigbeträge arbeiten. Dafür werden japanische Bremsbeläge in deutsche Marken-Kartons umgepackt, Mahlzeiten für Flugreisen verpackt, Sylvesterböller produziert, Beamten-Uniformen gewaschen und Richterroben geschneidert... Es gibt keine Tarifverträge und entsprechende Sozial- u. Rentenbeiträge werden nicht gezahlt.

Betriebsräte und Gewerkschaften schweigen.

Wir kennen Robert über seine Mitarbeit zu dem Buch "Freiheit gestreift - Texte gegen den Knast!", das im Sommer mit einem Beitrag von ihm über die Situation im Knast Straubing erscheinen sollte. Sein Beitrag wird bis heute angehalten.
Robert wird wegen seines konsequenten Widerstandes - Arbeitsverweigerung, konsequentes Bestehen auf seinen Rechten, solidarisches Verhalten gegenüber seinen Mitgefangenen, Mitverfassung des Straubinger Manifestes (das sich für Rechte und die sozialen Belange der Gefangenen einsetzt) - ständig schikaniert.

Gesundheitlich ist Robert in einer bedenklichen Verfassung. Eine externe ärztliche Untersuchung wird ihm verwehrt. Die Anstaltsärztin droht, ihn aufgrund seines umfangreichen Schriftverkehrs (Anträge, Beschwerden...) als "Querulant" einzustufen, um ihn somit in das berüchtigte Haus III einweisen zu können. Viele kennen noch den Fall von Sven, sowie die Skandale um den Einsatz von Psychopharmaka (Beton-/Depotspritzen) in dieser psychiatrischen Abteilung der JVA Straubing. Angesichts dieser offenen Drohung ist eine ärztliche Behandlung in der Anstalt für Robert wie für alle Gefangenen kaum vorstellbar.
Aufgrund von Mutmaßungen eines knastinternen Spitzels, Robert habe 1 Gramm Hasch gegen acht Tassen Kaffee getauscht, wird er mit einer Zellenrazzia und Ermittlungen (natürlich ohne Erfolg) schikaniert. Diese Vorwürfe sind haltlos. Anstalt und Justiz legen es somit immer wieder darauf an, Verfahren gegen unbequeme Gefangene einzuleiten. Mit den Ermittlungen verfolgen sie die Absicht, Robert in seinem Engagement zu brechen. So suchen sie ständig nach Gründen, um Robert mögliche Hafterleichterungen

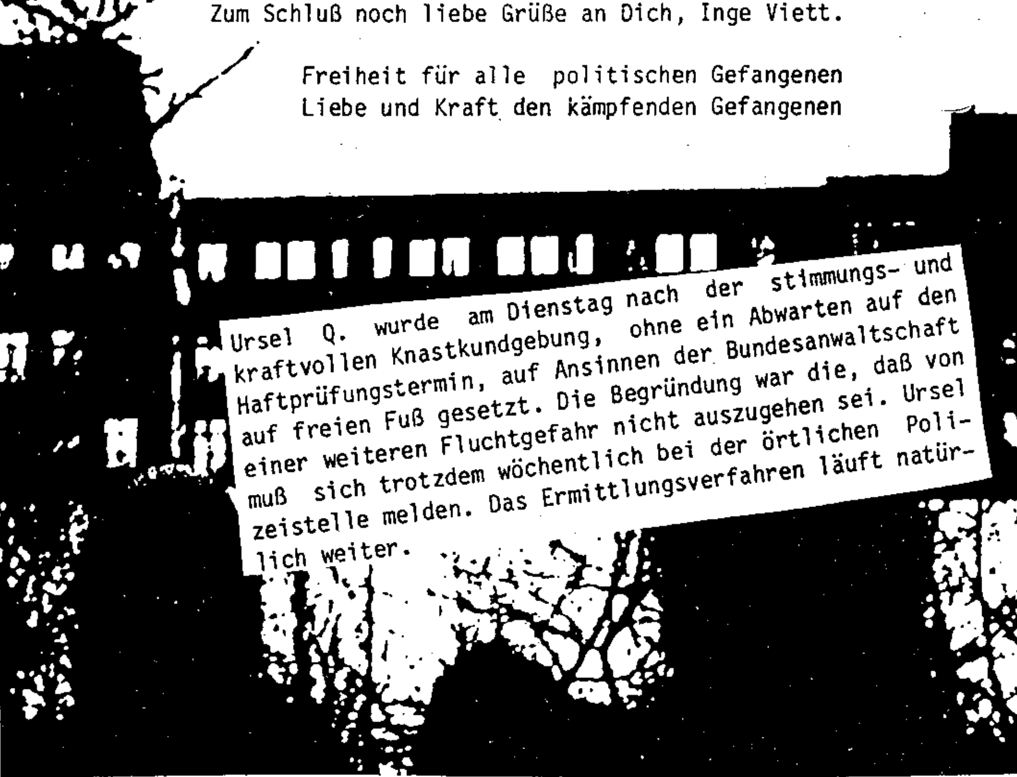
FORTSETZUNG NÄXTE SEITE ⟶



gehalten auf der Kundgebung vor der JVA Zweibrücken zur Freilassung von Ursel Q. aus der Untersuchungshaft

Wir sind heute aus Kaiserslautern hierher gekommen, um unsere Solidarität mit Ursel Q., einer Genossin aus Saarbrücken, zu zeigen. Ihr wird die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Wieder einmal versucht die Bundesanwaltschaft mit Hilfe von Spitzelaussagen und wildesten Konstrukten eine aktive Genossin hinter Knastmauern verschwinden zu lassen, um sie dadurch von ihren sozialen und politischen Zusammenhängen zu isolieren. So ist auch der wirkliche Grund für das nach dem Gesinnungsparagraphen 129a geführte Verfahren ihre politische Arbeit in verschiedenen Initiativen und Basisgruppen. Vorgeworfen wird ihr das Überlegen und die Diskussion um politische Perspektiven im Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse, nicht mehr und nicht weniger.
Sie ist eine von uns. Eine, die sich nicht mit den herrschenden Verhältnissen, Ausbeutung und Unterdrükkung abfinden will und kann. Eine, die den Kampf für menschenwürdige Lebensbedingungen, soziale Emanzipation hier und weltweit nicht aufgegeben hat. - Ursel wir grüßen dich.
Unsere Solidarität gilt auch all denen hinter den Knastmauern, die sich auch drinnen ihre Identität bewahren. Denen, die organisiert oder einzeln ihre Menschenwürde im Knast verteidigen, die sich wehren gegen die Ausbeutung durch Zwangsarbeit und Schließer bzw. Anstaltsterror.
Unsere Solidarität gilt genauso den Abschiebehäftlingen; diejenigen, die ausgeschlossen werden aus der Wohlstandsfestung Europa. Sie sollen zurückgeschickt werden in die Armut und Unterdrückung in ihren Herkunftsländern, deren Wurzel die Ausbeutung durch die reicheren Metropolenstaaten ist. Diejenigen, die von Deutschland nicht viel mehr mitbekommen haben wie Behörden, Bullen und Straßenterror.
Wir möchten hier an den Nigerianer Kola Bankole erinnern, der in diesem Knast und auch in der JVA Kaiserslautern saß. Er überlebte die bundesdeutsche Abschiebepraxis nicht. Er starb an den Folgen einer Beruhigungsspritze im Zusammenwirken mit einer Knebelung am 3o.8.94 auf dem Frankfurter Flughafen. Er wehrte sich bis zur letzten Minute gegen seine Abschiebung.
Zum Schluß noch liebe Grüße an Dich, Inge Viett.

Freiheit für alle politischen Gefangenen
Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen



Ursel Q. wurde am Dienstag nach der stimmungs- und kraftvollen Knastkundgebung, ohne ein Abwarten auf den Haftprüfungstermin, auf Ansinnen der Bundesanwaltschaft auf freien Fuß gesetzt. Die Begründung war die, daß von einer weiteren Fluchtgefahr nicht auszugehen sei. Ursel muß sich trotzdem wöchentlich bei der örtlichen Polizeistelle melden. Das Ermittlungsverfahren läuft natürlich weiter.

vorenthalten zu können.
Besonders ärgerlich für die Anstalt sind dabei Roberts erstrittene juristische Erfolge und sein Versuch, mittels der von ihm angestrebten Gerichtsverfahren auf die Situation der Gefangenen in Straubingen öffentlich hinzuweisen.

Es kann besonders in Straubing nicht von Meinungs- und Informationsfreiheit die Rede sein. Jede kritische Öffentlichkeit ist der Anstalt zutiefst unangenehm und wird mit großer Anstrengung verhindert: Überwachung des Briefverkehrs, Nichtweiterleitung und Anhaltung von Briefen (auch privater Post), Verschärfung der Haftsituation für sich zu Wort meldende Gefangene, bishin zu Drohung mit der Behandlung mit Psychopharmaka.

Offenbar um zu verhindern, daß Robert aus seiner Situation heraus soziale Kontakte aufbaut bzw. aufrecht erhält, wird seine Post immer wieder angehalten bzw. nicht weitergeleitet. Hinzu kommt, daß er sich keine Briefmarken vom Eigengeld kaufen kann. Schreiben ist oft die einzige Möglichkeit für Gefangene, mit der sie auf ihre Situation aufmerksam machen und soziale Kontakte aufrechterhalten können.

Perfide ist, wenn nun die Anstalt eine Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung damit verwehren will, indem sie ihm mangelnde soziale Kontake vorhält.

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !

FREIE ARZTWAHL FÜR ALLE GEFANGENEN !

Also schreibt Robert !

Der Knast zerstört soziale Kontakte !

Wir finden es in der augenblicklichen Situation besonders wichtig, daß sich viele mit Roberts Widerstand solidarisieren, auf seine Situation aufmerksam machen und ihm schreiben!
Robert's Situation steht für die vieler Gefangener!

Knäste sollen Feindbilder und Ängste erzeugen, Menschen ausgrenzen und vereinzeln.
Knäste haben noch nie eine Gesellschaft postitiv verändert oder Probleme gelöste.
Das Knastsystem dient dem Staat als Lüge, um sich selbst zu legitimieren, um vorzugeben er würde Probleme lösen.
Mit Themen wie "Innere Sicherheit" und mit den weggesperrten Menschen in den Knästen wird zur Zeit verschäft eine Hetze betrieben, die die eigentlichen Ursachen gesellschaftlicher Probleme wegheucheln soll und Widersprüche kaschiert.

Wenn wir Menschen wie Robert mit ihrer Situation nicht allein lassen, auf seine Situation und die Situation von Gefangenen generell aufmerksam machen, ihnen schreiben und Kontakte herstellen, zeigen wir, was wir von der Isolation und der Diffamierung von Menschen in dieser Gesellschaft halten.
Hier ist nun nicht viel Platz, um über den Knast grundsätzlich zu reden, da diese Information der konkreten Solidarität mit Robert gilt.
Eine grundsätzliche Auseinandersetzung ist uns aber sehr wichtig. Mit dem Buch "Freiheit gestreift... Texte gegen den Knast", das sich mit der Funktion von Knast (insbesondere Männerknast) auseinandersetzt und Widerstand im Knast (z.B. SantaFu 1990) durch Erzählungen von Gefangenen beschreibt, wollen wir eine entsprechende Auseinandersetzung führen. Wir planen, daß das Buch im Dezember 1994 erscheinen kann, möglichst mit Roberts Beitrag.
Parallel erscheint im Unrast-Verlag das Buch "In einem Fremdenland - Flüchtlinge und Deutsche erzählen", indem u.a. ausführlich die Abschiebehaft thematisiert wird. Wer sich für unsere Diskussion, für das Buch oder für weitere Informationen zu Robert interessiert, kann sich bei uns melden.
Wer sich zum Thema Frauen und Knast informieren möchte, dem enpfehlen wir die entsprechende Ausstellung der Gruppe MAFALGA, c/o Initiative für Gefangene, Gneisenauerstr. 2a, 10961 Berlin - u.a. ein Reader zur Ausstellung ist dort erhältlich.

Komitee gegen Sklaverei und Zwangsarbeit

Bücher und weitere Infos:
Antirepressionsgruppe
c/o UNRAST VERLAG
Postfach 8020
48043 Münster
fax: 0251-66 61 20

Solidaritätspost an:
Robert Doßler
Außere Passauer Str. 90
94315 Straubing

KEINE ZWANGSARBEIT!

Birgit Hogefeld zu dem Prozeß gegen sie

Am 15.11.1994 beginnt vor dem OLG Frankfurt der Prozeß gegen mich. Angeklagt werde ich wegen verschiedener Aktionen der RAF zwischen 1985 und 1993:

- dem Sprengstoffanschlag auf die US-Air-Base in Frankfurt und in dem Zusammenhang die Erschießung des US-Soldaten Pimental;
- dem Anschlag auf den ehemaligen Finanzstaatssekretär und heutigen Präsidenten der Bundesbank Tietmeyer während der Tagung des IWF 1987;
- der Sprengung des Knastneubaus in Weiterstadt;
- außerdem wird mir Mord und sechsfacher Mordversuch an GSG9-Männern in Bad Kleinen vorgeworfen.

Die Mordanklage wegen Bad Kleinen ist die Antwort auf das politische Desaster, in das der Staat sich mit dieser Aktion gebracht hat. Sie stehen unter dem Verdacht, daß ihre GSG9-Leute Wolfgang Grams, als er angeschossen und schwer verletzt am Boden lag, mit einem Kopfschuß hingerichtet haben — sowohl die polizeilichen „Schlampereien", sprich die systematische Spurenvernichtung, aber auch Rücktritte von Verantwortlichen bis hin zum Innenminister ergeben ausschließlich vor dem Hintergrund einer Hinrichtung einen Sinn.
Da dieser Verdacht schon nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist, soll wenigstens ein RAF-Mitglied, in dem Fall ich, wegen der Erschießung des GSG9-Mannes Newrzella angeklagt und verurteilt werden. Zumindest da soll der Verdacht, daß er von seinen eigenen Leuten erschossen wurde, weg.
Die Tatsache, daß ich schon überwältigt am Boden lag, bevor der erste Schuß fiel, spielt dabei keine Rolle — sie behaupten, Newrzella sei von Wolfgang Grams erschossen worden, und Wolfgang hätte (weil wir beide in der RAF waren) mit meinem Einverständnis geschossen.
Das ist die juristische Konstruktion, auf der meine Verurteilung wegen „Mordes" an diesem GSG9-Mann laufen soll.

Die Anwälte der Eltern Grams hatten im Mai dieses Jahres anhand neuer, von ihnen in Auftrag gegebener Gutachten versucht, die Wiederaufnahme des eingestellten Ermittlungsverfahrens gegen GSG9-Leute durchzusetzen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß dieser Weg, das Verfahren wiederaufzunehmen, Erfolg haben wird. Aber selbst wenn, wird es vermutlich schnell wieder eingestellt werden.

Dadurch, daß ich wegen Bad Kleinen angeklagt werde, ist der Prozeß gegen mich der einzige öffentliche Rahmen, wo der Staat gezwungen werden kann, den gesamten Ablauf der GSG9-Aktion, also Wolfgangs Erschießung, juristisch aufzurollen.
Jeder der Anklagepunkte (außer der Knastsprengung) reicht für ein lebenslängliches Urteil aus, und die Kronzeugenprozesse aus den letzten ein bis zwei Jahren gegen andere Gefangene aus der RAF, die zum Teil schon zwölf Jahre im Knast sind und lebenslängliche Strafen absitzen, zeigt, worauf das Ganze zielt: die vermeintlichen Sieger über Kommunismus und jede Idee auf Veränderung und Utopie einer menschlichen Welt berauschen sich in ihrem Machtwahn — das, was gegen uns läuft, ist einerseits ihre Rache, aber zugleich auch Drohung gegen alle, die an neuen Aufbrüchen überlegen.

Auch in bezug auf die anderen Anklagepunkte haben sie keine „Beweise" gegen mich in der Hand. Meine Beteiligung an der Air-Base-Aktion und an Tietmeyer soll darüber begründet werden, daß ich zwei Autos gemietet bzw. gekauft hätte. „Bewiesen" wird das über BKA-Schriftgutachten (bis zu ihren Kronzeugenaussagen gegen andere Gefangene wurde übrigens der Kauf eines dieser Autos Sigrid Sternebeck zugeordnet).

Die Konstruktion geht so: Bei Schriftgutachten werden verschiedene Wahrscheinlichkeitsstufen unterschieden. Die Unterschriften, die sie mir zuordnen, werden nicht in die höchste, also die mit der größten Wahrscheinlichkeit eingeordnet (denn dagegen könnte man leicht ein Gegengutachten machen lassen), sondern sie ordnen sie in eine mittlere Stufe ein und sagen, da die RAF so wenige Mitglieder hat, gilt es deswegen auch bei einer nicht sehr hohen Wahrscheinlichkeit der Schriftidentität als sicher, daß es sich bei den Unterschriften auf den Verträgen um meine Schrift handelt.
Bei Tietmeyer haben sie außerdem noch Zeugen für die Anmietung des Fahrzeuges aufzufahren. Kurz nach meiner Verhaftung fand eine Gegenüberstellung statt, die als verdeckte geplant war, die ich aber bemerkt hatte und deswegen mir den Arm vors Gesicht gehalten habe. Eine Zeugin sagt aus, daß sie als Mieterin des Autos vor sechs Jahren die Person wiedererkennt, die immer den Arm vors Gesicht hält und die auch später nicht dabei ist, als die Vergleichspersonen nebeneinander aufgestellt dastehen.

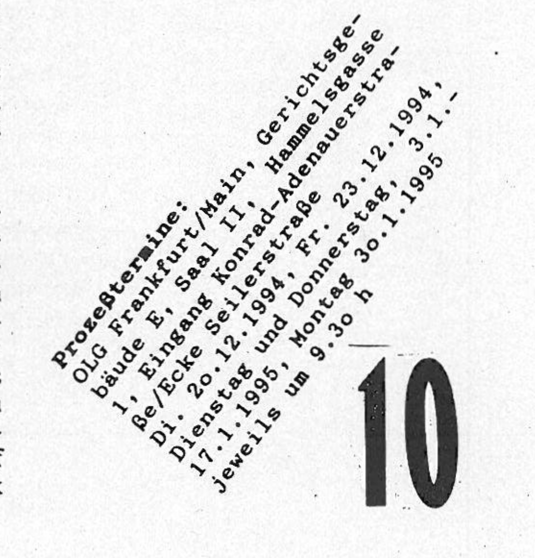


Das Ganze wäre als Witznummer anzusehen, wenn es dabei nicht um die „wichtigsten" Beweise für ein lebenslängliches Urteil gegen mich ginge.

Nach den vielen Prozessen aus der letzten Zeit gegen RAF-Gefangene kann es keinen Zweifel geben, wie das Urteil gegen mich aussehen soll — und dafür, daß von Linken und fortschrittlichen Kreisen Druck erzeugt wird, der die Entscheidung für ein weiteres lebenslängliches Urteil kippt, fehlen auf unserer Seite zur Zeit die Voraussetzungen.

Bei den Anklagepunkten, die Aktionen der RAF betreffen, wird an diesem Prozeß nicht viel mehr als das zu zeigen sein, was auch schon bei unzähligen ähnlichen Verfahren deutlich wurde — um mit Ulrike Meinhof zu sprechen: „Wir können sie nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen, wir können sie nur zwingen, immer unverschämter zu lügen."

Birgit Hogefeld
Oktober 1994



OFFENER BRIEF AN DEN SCHRIFTSTELLER Ralph Giordano !

Wir veröffentlichen hier einen Brief von Ralph Giordano und eine offene Antwort des Gefangenen im Widerstand Andreas Böhm aus Bruchsal. Die Antwort wurde unseres Wissens von keiner Zeitung abgedruckt; auch deshalb haben wir uns trotz Platzmangels zum Abdruck entschlossen.

Wir halten Andreas' Brief für eine wichtige Richtigstellung, können uns mit seinem Holocaust-Begriff aber nicht identifizieren. Mit dem Wort "Holocaust" verbinden wir ein bestimmtes, nicht wiederkehrendes Ereignis der deutschen Geschichte. Wir ziehen in jenem Zusammenhang die Begriffe "Vernichtung" bzw. "Völkermord" vor.

die tageszeitung
9. August 1994

■ Fragen und Gedanken zu einem Fall offener Rachejustiz

Verhelfen Sie Irmgard Möller zur Freiheit, Frau Justizministerin!

Die deutsche Justiz bleckt wieder ihre schwarzen Zähne, und das auch diesmal, wie immer, gegen links: sie verweigert der schwerkranken Irmgard Möller nach 22 Jahren Haft die Entlassung! Das Herz der inbrünstigen Verweigerung schlägt in der Brust des baden-württembergischen Justizministers Thomas Schäuble (CDU) wie auch der Staatsanwaltschaft Heidelberg. Beide nehmen die Weigerung Irmgard Möllers, sich einer „Gefährlichkeitsprognose" zu unterziehen, zum Vorwand, dem Rachebedürfnis einer bestimmten Spezies deutscher Juristen nachzukommen.

Dazu paßt – wie die Faust aufs Auge – die Nachricht, daß Kurt Franz, einst Stellvertretender Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka, aus „Alters- und Gesundheitsgründen" aus der Haft entlassen worden sei, und zwar schon im Mai 1993. (Zur Information: Von allen NS-Todesfabriken war Treblinka die „effektivste": eröffnet im Juni 1942 und durch Häftlingsaufstand im August 1943 zerstört, sind mit den Abgasen von Panzerdieselmotoren etwa 750.000 Menschen ermordet worden).

Was, darf man fragen, geht hier eigentlich vor sich? Welche verschiedenen juristischen Maßstäbe werden da angelegt?

Ich habe die NS-Prozesse vor bundesdeutschen Schwurgerichten seit ihrer Eröffnung im Jahre 1958 als politischer Publizist verfolgt und zahlreichen Verfahren beigewohnt. Die zähe Weigerung, Irmgard Möller zu entlassen, gerät in Gestalt des Autors an einen langjährigen Beobachter der deutschen Nachkriegsjustiz — und das wird ihr nicht gut bekommen. Denn angesichts so unterschiedlicher Behandlung drängen sich etliche Fragen auf, gerichtet an die Adresse jener Instanzen, die ihre Neigung für eine Haftentlassung Irmgard Möllers durchscheinen ließen – also an die Lübecker Strafkammer, das Kieler Justizressort, die Bundesanwaltschaft, vor allem aber an das Bundesministerium für Justiz, will sagen, Frau Leutheusser-Schnarrenberger.

Erstens: Kennen Sie auch nur einen einzigen Nazi-Mörder, der eine so lange Haftstrafe abzusitzen hatte wie Irmgard Möller? Zweitens, konkret und nur als *ein* Beispiel für Dutzende: Wissen Sie, daß die beiden wegen vielhundertfachen Mordes an Häftlingen des KZ Sachsenhausen Oranienburg im Februar 1959 von einem Bonner Schwurgericht zu lebenslanger Haftstrafe verurteilten ehemaligen SS-Aufseher Gustav Sorge (Der Eiserne Gustav) und Karl Schubert vorzeitig entlassen worden sind? Und haben Sie, drittens, noch in Erinnerung, daß selbst schwerstbelastete NS-Täter durchgehend auf eine Strafmilde stießen, die den Terroristen der RAF grundsätzlich versagt geblieben ist? Wenn nicht – ich kann nachhelfen.

Im Ulmer Prozeß gegen das „Einsatzkommando Tilsit" (das in einem 25 Kilometer breiten Streifen des deutsch-litauischen Grenzgebietes im Sommer 1941 binnen weniger Tage alles jüdische Leben ausgelöscht hatte) wurde einem der Angeklagten bescheinigt, er sei „bemüht gewesen, bei der Erschießung die Form zu wahren" (drei Jahre Haft für 526 Morde). Einem anderen wurde zugute gehalten, er mache nach einer schweren Jugend „einen etwas einfältigen Eindruck" und sei „gefühlslabil" (vier Jahre Haft für 423 Morde). Einem dritten Angeklagten wurde attestiert, er verfüge „nur über mäßige geistige Eigenschaften" und sei „von weicher Veranlagung, die Minderwertigkeitskomplexe ausgelöst hätte" (drei Jahre Haft für über 500 Morde an Juden). Ich konstatiere: Niemand, kein einziger der zu „lebenslänglich" verurteilten NS-Täter hat je seine Strafe absitzen müssen, es sei denn, er



Ralph Giordano
Foto: Brigitte Friedrich

wäre vorzeitig in Haft verstorben.

Aber weiter angesichts der justitiellen Unerbittlichkeit gegenüber Irmgard Möller.

Sind schon die untersten Glieder in der Kette des industriellen NS-Serien-, Massen- und Völkermords mit milden Strafen bedacht worden – die meisten ihrer Vorgesetzten, bis hinauf zu den großen Schreibtischtätern, den Organisatoren von Auschwitz und allem, was dieser Name symbolisiert und materialisiert –, sie sind überhaupt nie auch nur angeklagt, geschweige denn verurteilt worden! So Otto Bovensiepen, Chef der größten, der Gestapoleitstelle Berlin, unter anderem verantwortlich für die Deportation von 35.000 Juden aus der Reichshauptstadt – er wurde durch Krankheit rechtzeitig verhandlungsunfähig. So auch Werner Best, Reinhard Heydrichs Stellvertreter – wegen achttausendfachen Mordes angeklagt.

Eine Frau mit der Dauerstrafe von Galeerenhäftlingen aus vergangener Zeit

Das Verfahren gegen ihn wurde ausgesetzt, da er sich „der Belastung eines Mammutprozesses gesundheitlich nicht gewachsen fühlte". Seither verstaubten 800 Kilogramm Akten und eine tausendseitige Anklageschrift in den Justizarchiven der Freien und Hansestadt Hamburg.

Und so auch einer der größten Schlächter in der Menschheitsgeschichte überhaupt, Bruno Streckenbach – Personalchef im Reichssicherheitshauptamt Berlin und Organisator der vier sogenannten „Einsatzgruppen", mobile Mordkommandos, die hinter dem Schild der deutschen Wehrmacht keine anderen Aufgaben hatten, als sowjetische Juden umzubringen. Ungeachtet der Anklage, „den Tod von mindestens einer Million Menschen verursacht zu haben", starb Streckenbach 1977 in meiner Vaterstadt Hamburg, ohne je vor einem Gericht gestanden zu haben. Ich weise, quasi nebenbei, noch darauf hin, daß ungeachtet 32.000 aktenkundiger politischer Todesurteile kein einziger NS-Blutrichter, nicht einer dieser „furchtbaren Juristen" je von einem deutschen Gericht rechtskräftig verurteilt worden ist. Aber Irmgard Möller soll auch nach über 250 Monaten Haft nicht entlassen werden ...

Doch weiter.

Die deutsche Justiz ist bei der Strafzumessung gegenüber Linksterroristen grundsätzlich davon ausgegangen, daß bei ihren Anschlägen eine „durchgehende Handlungskette" vorliegt. Bestraft wird also nicht nur, wer an der Ausführung eines Anschlags beteiligt war, sondern auch der, dessen Beteiligung allein in der Planung bestand.

Ganz anders dagegen bei NS-Tätern! Da wird ausschließlich nur *der* Angeklagte verurteilt, dem durch Zeugen eine direkte Mordtat nachgewiesen werden kann, sozusagen eine persönliche „Mehrleistung" über die geforderte „normale" Beteiligung hinaus. Wer von den KZ-Wach- und -Tötungsmannschaften am „ordnungsgemäßen Ablauf" mitgewirkt hatte, dem passierte vor den Schwurgerichten der NS-Prozesse gar nichts! Erst wenn das Opfer auf dem Wege zur Gaskammer oder an den Rand der Hinrichtungsgrube totgeschlagen oder totgetreten worden war, erst wenn der Täter einer Mutter das Kind aus dem Arm gerissen und dessen Kopf am Boden oder an einer Mauer erschlagen hatte, erst dann sahen sich deutsche Richter genötigt, eine Verurteilung auszusprechen. Aber dies stets unter dem strafmildernden Schirm des „Befehlsnotstandes" und der „Beihilfe zum Mord". Dem professionellen „Endlöser", der effizient und ohne Gefühlsaufwand am Tötungsablauf beteiligt war – ihm geschah gar nichts ...

Also noch einmal, mit diesem Hintergrund: Was geht hier vor, in unserer Epoche? Wird eine neue Generation von Richtern die alte Tradition ungleicher Täterbehandlung fortsetzen? Künden davon nicht schon wieder die gerichtlichen Samthandschuhe, mit denen die rechten Gewalttäter angefaßt werden, während sich die gleiche Justiz hartleibig zeigen will gegenüber einer Frau mit der Dauerstrafe von Galeerenhäftlingen aus vergangenen Jahrhunderten?

Ich plädiere mit keinem Wort, mit keiner Silbe für die Terroristen der RAF, eingeschlossen die Taten, derentwegen Irmgard Möller verurteilt worden ist. Welche begreifbare Kritik an der Gesellschaft auch immer die Initialzündung für den Ursprung der RAF-Revolte vor dreißig Jahren gewesen sein mag, ihr mörderischer Fehlschluß machte sie zu gefährlichen Kriminellen, denen heute nichts bleibt als der Zwang zur Umkehr, das Eingeständnis ihres vollständigen politischen und moralischen Bankrotts auf einem mit Leichen sinnlos gepflasterten Weg. Aber hier, in diesem Fall, ist es längst genug, ist es übergenug.

Deshalb: Verhelfen Sie, Frau Justizministerin, Irmgard Möller zur Freiheit – endlich.

Ralph Giordano
Publizist und Autor, lebt in Köln

Bruchsal den 1o.o8.94

mit empörung habe ich ihren brief an die bundesjustizministerin vom 9.o8.94 in der taz gelesen. jedoch habe ich nun den eindruck, daß nun auch bei ihnen eine schleichende erblindung, bezüglich menschen-völkerrechte eingetreten ist.
zumal dieses schreiben ihre letzte veröffentlichung (wehrt euch, laßt euch von deutschen verbrechern nicht abfackeln, siehe taz vom 1.o6.93) total außer kraft setzt. ich zitiere aus diesem: "...wir überlebende des holocaust und unsere angehörigen, wir werden unseren todfeinden nie wieder wehrlos gegenüberstehen. ... es ist euer verdammtes recht, euren schutz selbst zu besorgen, wenn der staat euch nicht schützen kann. kein gehör den klugscheißern, die selbst unbedroht sind ...uns weißmachen wollen, im "rechtsstaat" habe man sich von seinen todfeinden abschlachten zu lassen, ehe man überlegungen des selbstschutzes anstellen darf. NICHT DIESE ÜBERLEGUNGEN SIND DAS DELIKT, - DAS DELIKT SIND JENE ZUSTÄNDE, DIE SOLCHE GEDANKEN HERVORGERUFEN HABEN!!"
und damit bring ichs gleich hier mal auf den punkt.
natürlich muß irmgard möller jetzt raus, ihre entlassung ist längst überfällig, seit 22 jahren. daher war es für mich eine selbstverständlichkeit, mit den gefangenen aus der raf, in den hungerstreik zu gehen.
und nun fetzt mir ihr schreiben vom 9.8.94 durch die birne, und dazu möchte ich ihnen nun in diesem offenen brief was sagen.

erstmal muß gesagt werden, daß irmgard möller durch die aussage eines "kronzeugen" angeklagt und verurteilt wurde. wie, und mit welchen mitteln die deutsche justiz im auftrag imperialistischer großmächte irmgard bekämpfte, (unter dem deckmantel einer "demokratie") muß ja wohl nicht diskutiert werden, oder ?!?
und springts mich auch schon an, welche grotesken vergleiche sie in ihrem schreiben ziehen: eben, die aktion in heidelberg, und damit irmgard möller mit nazi-mördern zu vergleichen. da ziehen sie doch tatsächlich parallelen zu ss-aufseher gustaf sorge und karl schubert, und "beklagen" deren vorzeitige entlassungen. und oben drauf gehts da gleich weiter mit einem der größten menschenschlächter, bruno streckenbach, und schliessen den vogel ab, indem sie im selben atemzug mit irmgard möller den namen kurt franz, treblinka und das grausame vergasen von 75o ooo menschen durch panzerdieselmotoren erwähnen. sie scheinen zu vergessen, daß irmgard für frieden und freiheit war, gekämpft hat, um einen weiteren holocaust in vietnam zu verhindern, der unter mithilfe der brd-regierung stattfand. sie scheinen zu vergessen, daß der tod ein meister aus deutschland ist, und heidelberg in deutschland ist. verdrängen weiter, daß es in diesem land möglich ist, in nürnberger prozessen als naziverteidiger aufzutreten, als vertriebsleiter agent orange zu verdealen, mit dem hunderttausende unschuldiger menschen den grausamen tod fanden, und selbiger nach diesem kapitalverbrechen bundespräsident wurde (weizsäcker).
und bringen es doch tatsächlich noch fertig in ihren schlußsätzen (zitat: ihr mörderischer fehlschluß machte sie zur kriminellen) irmgard möller als eine verbrecherin hinzustellen, ja gleichzeitig im sinne der brd-justiz irmgards politischen status abzuerkennen.

die deutsche justiz bläckt wieder ihre schwarzen zähne, beginnen sie ihren brief. weiter: ... was darf man fragen geht hier eigentlich vor ? welche verschiedenen maßstäbe hier gegen links angelegt würden.
also was naiveres hab ich noch nie gelesen, tun so, als ob sie nicht wüßten, was sich nach der zeit des 3. reiches innerhalb der justiz abgespielt hat, und welche charakteren da plötzlich als richter in den amtsstuben auftauchten, tun so, als ob sie nach mölln, solingen usw. immer noch nicht wüßten, welche gesinnung nach wie vor in den köpfen dieser furchtbaren juristen lebendig ist, und wer durch vertuschung, einstellung und freisprüchen dem braunen mob rückendeckung gibt, animiert.
und jetzt das mannheimer dekkert-urteil, ein weiterer fußtritt ins gesicht der opfer des holocaust. ihre briefe sind der widerspruch in sich selbst. da empören sie sich doch tatsächlich über 22 jahre haft, wissen welchen haftbedingungen diese frau unterworfen wurde, mit welchen repressionen, schikanen, folter diese justiz irmgard als einzige überlebende der nacht vom 18.1o.77 ins grab bringen will, daß sie gesundheitlich am ende ist, sagen aber im selben atemzug, DASS DIE DEUTSCHE JUSTIZ DIESE TORTUR "NUR" 15 JAHRE HÄTTE DURCHZIEHEN SOLLEN !!! gut, daß sie niemals richter wurden, bewerben sie sich doch mal, das zeug hätten sie. sowas nenne ich pseudo-antifaschismus.

zum mord am vietnamesischen volk, gegen den irmgard kämpfte.
wie sie mit sicherheit wissen, gilt seit dem 12.o1.51 die konvention über die verhütung und bestrafung des völkermordes. die un-volksversammlung hat sie am 9.12.1948 einstimmig und ohne stimmenthaltung angenommen. sie ist für die bundesrepublik am 22.o2.1955 in kraft getreten.
besagt, daß völkermord ein verbrechen nach internationalem recht ist, zu dessen verhütung und bestrafung sie sich verpflichtet. weiter ist das genfer-abkommen zum schutze von zivilpersonen vom 12.o8.49 für die brd am 3.3.55 in kraft getreten.
ABER WER HAT SICH DARAN GEHALTEN ????
weiter haben wir ein "grundgesetz, ja richtig, diese schwarte, die von unseren politikern, juristen und dem braunen mob tagtäglich mit füßen getreten wird. artikel 26 abs. 1 dieser, kennzeichnet jede art von politik als verfassungswidrig, die sich negativ auf das friedliche zusammenleben der völker auswirkt. ich sage, daher ist es nicht nur das recht, sondern auch die pflicht eines jeden menschen, mit allen mitteln diesen verbrechen wie sie z.b. in vietnam an diesem volk verübt wurden, entgegenzutreten. weiter gibts da den artikel der un-charta, artikel 51. daraus ist zu folgern (siehe einen beweisantrag des rechtsanwaltes dr. heldmann): dem selbsthilferecht des staates nach art. 51 der un-charta entspricht das notwehrrecht des individuums gegen völkerrechtswidrige verletzung seiner rechte. das recht zur "kollektiven" selbstverteidigung, das als naturgegeben die charta anerkennt. das recht also dritter staaten, dem angegriffenen staat gegen den aggressor angriffsweise zu hilfe zu kommen. nothilferecht! bereits 1967 lagen weltweit dokumentationen vor, welche in der kriegsführung der usa, die von der brd unterstützt wurde, in ihren mitteln den völkermord erkennen ließen.
ich frage nun sie herr giordano, WELCHES VERBRECHEN HAT IHRER MEINUNG NACH IRMGARD MÖLLER BEGANGEN, für das sie 15 jahre tortur für ausreichend halten?????

—

Fortsetzung von: OFFENER BRIEF AN DEN SCHRIFTSTELLER Ralph Giordano !

haben sie es wirklich vergessen?!? unmenschliche gewalt, hanoi nur noch ein ruinenfeld, flächen-bombardements, 1,5 mio. tote, es wurden vorsätzlich zivile einrichtungen, hospitäler bombadiert, hunderttausendfacher mord, verstümmelungen, verschleppungen, folter; allein die zahl der im vietnamkrieg getöteten und verletzten kinder wurde im januar 1967 nach den ergebnissen einer in der zeitschrift ramparts veröffentlichten studie auf 25o ooo tote, und 75o ooo verwundete geschätzt.
dennoch befahl der us-präsident johnson die ausweitung und intensivierung der bombenangriffe, worüber z.b. peter weiß in deutscher sprache berichtet hat, und in seiner zusammenfassung sagt, diese angriffe tragen einen vernichtungscharakter, sie sind, ihrem ausmaß und ihren absichten nach, als genocide-aktion zu bezeichnen. ich frage sie, herr giordano, WAR DIES KEIN HOLOCAUST?
im übrigen, verbrechen im sinne dieser konvention ist auch die teilnahme am völkermord durch unterlassung.
da die brd-regierung mit all ihrer macht dieses morden unterstützte, frage ich sie, wie hätte irmgard darauf reagieren sollen ???
sie erwähnen mit keinem wort die zahllosen grausamen verbrechen, die am vietnamesischen volk begangen wurden, aber wollen über irmgard urteilen. jeder mensch hätte die pflicht gehabt, das zu verhindern, daher hätte irmgard nicht haft, sondern den friedensnobelpreis erhalten müssen, aber für den bewirbt sich ja kanzler kohl, militär und regierung völkermord betrieben. innerhalb weniger monate wurden 9oo kurdische dörfer ausgerottet, dem erdboden gleich gemacht, tausende frauen, kinder, unschuldige menschen abgeschlachtet, journalisten von özgyr gündem ermordet, es wird verschleppt, vergewaltigt, gefoltert und gemordet. in der brd werden durch die justiz kurden verfolgt, hunderte von politischen gefangenen in den brd-knästen. SIND DAS IHRER MEINUNG NACH AUCH VERBRECHER, WEIL SIE SICH GEGEN IHRE AUSROTTUNG ZUR WEHR SETZEN???
herr giordano, sind sie manns genug, mir auf meinen offenen brief eine offene antwort zu geben ?!?
und zum schluß, irmgard möller war und ist eine revolutionäre frau, und es kotzt mich ja so an, selbst im knast eingekerkert zu sein, eben nicht mehr tun zu können (vielleicht der grund meiner haft ?)
irmgard möller hat sich trotz aller tortur durch diese justiz ihre identität bewahrt, immer wieder dieser alles vernichtenden maschine, dieser übermacht die stirn geboten, war nie eine der von ihnen erwähnten klugscheißen, die nur redeten, aber sicher in ihnen villen saßen, hat bedingungslos ihre gesundheit und ihr leben für andere menschen eingesetzt, trotz allem ihre würde bewahrt, dieser frau gehört größter respekt.

andreas böhm
gefangener im widerstand

Böhm Andreas
Schönbornstr. 32
76646 Bruchsal (JVA)



gell ?!? ich konnte nichts tun (wurde erst 1962 geboren, leider), herr giordano, haben sie sich wirklich gedanken gemacht, als sie diesen brief an die juministerin öffentlich schrieben?!?
ab wann dürfen sich ihrer meinung nach menschen gegen ihre ermordung zur wehr setzen ?!?
ab wann beginnt für sie der holocaust? ich weiß nicht, was in ihrem kopf vorgegangen ist, aber "es ist wichtig, gelegentlich das stübchen richtig durchzufegen, damit sich der staub nicht so fest setzt" (mao).
jedoch bin ich froh, daß nicht alle menschen so denken wie sie, und darf daher anmerken, daß sich im hessischen schwalmstadt zwei kurdische menschen mit einer hungerstreik-erklärung solidarisch zeigten. hier die kurden cuna bayemir und ali aktas. herr giordano, ich nehme an, sie wissen, was gerade in kurdistan abläuft. auch hier wird systematisch mit hilfe der brd-regierung, logistik, ausbildung durch gsg9 und waffenlieferungen, durch türkisches



Irmgard Möller ist draußen !!!

Wir freuen uns mit vielen anderen Menschen, nicht nur hier in der "BRD", daß die politische Macht diesen längst überfälligen Schritt endlich gemacht hat. Andererseits fällt es uns schwer, dies als Erfolg zu verbuchen, obwohl Irmgard ohne größeres Abschwörritual frei-



kam. Die fünf Jahre Bewährung, die ihr mitgegeben wurden, sind ja auch kein Beweis staatlicher Mildtätigkeit. Genauso ist es, mit der Tatsache, daß sie erst entlassen wurde, als ihre körperliche Gesundheit durch die fast 23-jährige Haft, unter teilweise übelsten Bedingungen, ruiniert war. Ihre Freilassung untersteht der Logik, nicht nur dieses Staates, politische Gefangene erst dann rauszulassen, wenn ein solcher Punkt physischer Vernichtung erreicht ist. So drohen sie Christine Kuby, die seit 16 Jahren, davon die letzte Zeit hinter den gleichen Lübecker Knastmauern begraben war, nach einer lange hinausgezögerten Notoperation an den Bandscheiben und einer Therapiephase, wieder in den Knast zustecken. ÄrztInnen und RechtsanwältInnen sagen dazu, daß sie keine Chance, hat ihre Gesundheit im Knast wiederzuerlangen.
Heidi Schulz, die seit zwölf Jahren unter anderem in Köln Ossendorf sitzt, ist dort derselben menschenverachtenden Praxis ausgesetzt. Ihr wird eine fachgerechte ärztliche Behandlung verweigert, obwohl sie schwer krank ist. Als Begründung dienen lapidar Sicherheitsbedenken. Bei ihnen allen wird sich derselben Logik bedient. Erst als physisch zerstörte Menschen sollen sie die Möglichkeit bekommen, die Knastmauern hinter sich zu lassen.

Noch einmal zurück zu Irmgards Freilassung, die nur mit dem starken Druck einer kritischen Öffentlichkeit erreicht werden konnte. Nach der Initialzündung, durch den auf eine Woche befristeten Hungerstreik von zwölf Gefangenen aus der RAF, der durch zwei kurdische politische Gefangene sowie durch zwei Gefangene im Widerstand unterstützt wurde, wurden von verschiedenen Seiten Infoveranstaltungen, Solikonzerte sowie einige Demos organisiert. Außerdem gab es in einigen Städten verstärkt Sprühaktionen (Hier in Kl. wird mit dem Hinweis auf eine solche gegen zwei Leute aufgrund des §129a ermittelt). Es wurden verstärkt Plakate mit der Forderung nach Irmgards Freilassung geklebt, wie z.B. auch in Kaiserslautern, wo die hier ansässige PDS-gruppe solche Plakate an Bundestagsplakatwände anbrachte. Es gab unser Extrablatt, was in vielen Städten im ganzen Bundesgebiet AbnehmerInnen fand, wie auch andere Zeitungen die Irmgards Situation viel Raum in ihren Blättern gaben. Außerdem wurde und wird weiterhin in Erklärungen zu Anschlägen verschiedenster Qualität die Situation der politischen Gefangenen wieder verstärkt benannt. Auch in verschiedenen anderen Ländern gab es Solidaritätsaktionen. Ohne diesen Druck säße Irmgard immer noch. Ein "Erfolg" in letzter Sekunde, doch wir müssen nach vorne schauen, denn die andere politischen Gefangenen müssen auch raus und das so schnell wie wir es erkämpfen können. Sie müssen Thema bleiben, denn der Kapmf um ihre Freilassung ist nicht von den Diskussionen um die Neubestimmungen revolutionärer Politik zu trennen. Die Logik staatlicher Vernichtung muß überall in allen Lebensbereichen gebrochen werden.

Wir dürfen nicht mehr loslassen
- alle müssen raus!
Gegen den Zerstörungswillen der Herrschenden steht unser Kampf für das Leben



Der Kampf für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen geht weiter!

Christine Kuby muß draußen bleiben!

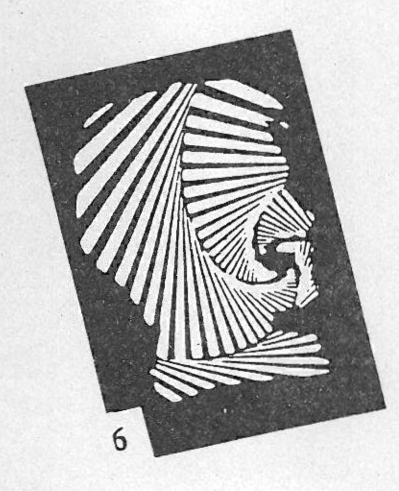
Freie medizinische Behandlung für Heidi Schulz!

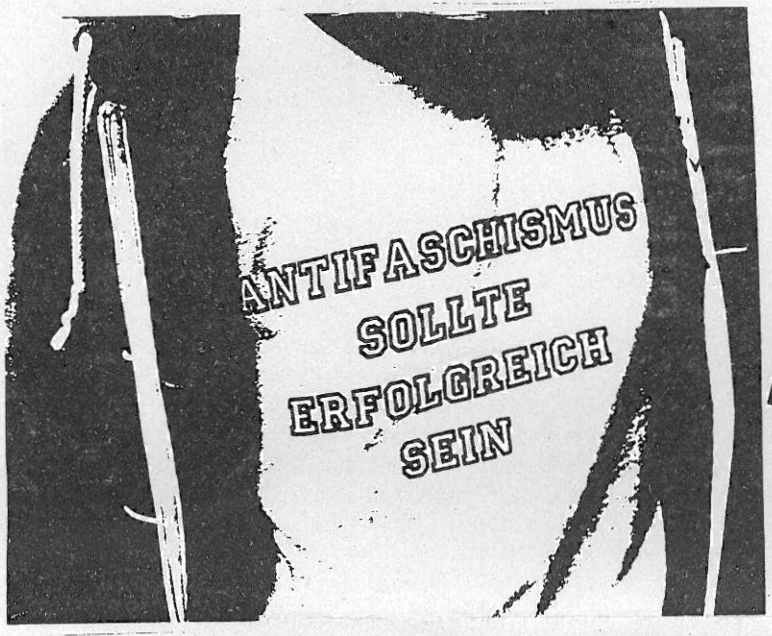
Demonstration am 17. Dezember 1994 in Hamburg, 13 Uhr Hachmannplatz (Hbf.)

im Rahmen der Aktionskette der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD

Erfolg oder politisches Desaster
Ende des Prozesses gegen die sieben Antifas aus Berlin

Am 15.11.94 endete nach 13 Verhandlungstagen der Prozeß gegen sieben Frauen und Männer, die wegen gemeinschaftlichen Mordes an Gerhard Kaindl und gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung an sechs weiteren TeilnehmerInnen des Nazitreffens im Chinarestaurant angeklagt wurden. Der Prozeß wurde im Einvernehmen mit sämtlichen Beteiligten früher abgebrochen als eigentlich vorgesehen. Seitens der Angeklagten belief sich der Deal darauf, auf das Auseinandernehmen der Staatsschutzbullen zu verzichten und die Zusammenarbeit der Bullen und Faschisten nicht weiter zu thematisieren. Außerdem versicherten die Anwälte, daß sie nach der Urteilsverkündung keinerlei Rechtsmittel einlegen würden. Zugesagt wurde ihnen relativ milde Strafen für alle Angeklagten. In der verbleibenden Knastzeit sollen die, die nicht entlassen werden, FreigängerInnenstatus bekommen (d.h. daß sie zur Arbeit den Knast verlassen können und nachmittags wieder in den Knast zurückkehren müssen). Außerdem wurden die, die noch in Untersuchungshaft saßen, bis zum eigentlichen Haftantritt auf freien Fuß gesetzt. Ab wann die Haftstrafen angetreten werden müssen, ist zur Zeit noch unklar.





Die Urteile:

Schon am 1.November wurde Zeki (Abidin Eraslan) freigesprochen, nachdem er am 25.Oktober aus der Untersuchungshaft entlassen worden war. Zeki hatte sich gleich, nachdem ihm klar wurde, daß er gesucht wurde, den Bullen gestellt und gesagt, daß er unschuldig sei. Im Prozeß wurde dies von allen, die Aussagen machten, bestätigt. Zwei weitere Zeugen erklärten, daß Zeki zur fraglichen Zeit mit ihnen zusammen in ihrer Wohnung gewesen sei.
Devran (Fatma Balamir) bekam am 28.Oktober Haftverschonung, da ihr im Prozeß keine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen worden war. Sie wurde zu einer Jugendstrafe von 15 Monaten Knast auf 3 Jahre Bewährung verurteilt. Ein altes Urteil von 8 Monaten auf Bewährung wurde miteinbezogen. Begründet wurde die Strafe mit 'psychischer Beihilfe zur gemeinschaftlichen Körperverletzung mit Todesfolge'.
Toni (Carlo Blietz), Sefkan (Seyho Karaaslan) und Hasim (Mehmet Ramme) wurden zu drei Jahren Knast verurteilt, wegen 'gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge' und 'Beteiligung an einer Schlägerei'.
Bazdin (Bahrettin Yoldas), der Hauptzeuge der Staatsanwaltschaft, bekam 2 Jahre Jugendstrafe auf 3 Jahre Bewährung mit der gleichen Begründung wie oben.
Erkan Sönmez, der zuletzt in der geschlossenen Abteilung der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik gefangen war, wurde, zur gleichen Zeit wie die letzten Untersuchungsgefangenen, zu seiner Familie entlassen. Ein psychatrisches Gutachten erkannte ihn als schuldunfähig an. Seine sämtlichen Aussagen durften gerichtlich nicht verwertet werden. Forderte die Staatsanwältin vor Wochen noch seine zwangsweise Unterbringung in eine geschlossene Abteilung einer Nervenklinik, so erklärte das Gericht jetzt, Erkan sei keine Gefährdung für die Öffentlichkeit und entsprach dieser Forderung nicht. Ihm wird freigestellt, wo und wie er eine Therapie macht.







Was ist mit den Gesuchten ?

Die Haftbefehle gegen Rebecca und Hans-Georg, zwei der vier Gesuchten, wurden aufgehoben. Ob die Aussicht besteht, daß auch der Haftbefehl gegen Orhan aufgehoben wird, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Genausowenig die Begründungen für oder gegen eine Aufhebung. Der Haftbefehl gegen Gengiz bleibt auf jeden Fall bestehen, da er im Prozeß belastet wurde, Kaindl erstochen zu haben.
So, das ist also das Ergebnis. Obwohl das alles auf den ersten Blick ziemlich erfreulich wirkt, finden wir, daß es nötig ist, doch noch einige Kritik an dem Kuschelkurs mit der Justiz, der von AnwältInnen und Angeklagten gefahren wurde, loszuwerden. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie Antifas sich zwar einerseits durch Aussagen selbst bzw. sich gegenseitig entlasten, aber andererseits zulassen, daß der Mordvorwurf von den schon vorher als Verräter aufgetretenen Erkan und Bazdin gegenüber Gendiz so gelten gelassen und stillschweigend toleriert wird. Somit tragen sie die Mitschuld daran, daß Gendiz (der ja auch untergetaucht ist) nie wieder ins öffentliche Leben zurück kann. Ein Mordvorwurf verjährt nämlich nicht. So wurde auch auf einmal das akzeptiert, was vorher (gerade auch von der UnterstützerInnen-Gruppe) so heftig bestritten wurde. Denn gerade bei den Aussagen vor Gericht gegen Gendiz bestätigten sich die Verratsvorwürfe gegen Erkan und Bazdin. Weder bei Erkan, der immernoch psychisch krank ist, aber diesen Aussagedruck, wie nach seiner Selbstbezichtigung und Psychatrierung, nicht mehr hatte, noch bei Bazdin, der viel von dem, was er Bullen schon vor dem Prozeß erzählte und was einige schwer belastete, vor Gericht zurücknahm, kann das entschuldigt werden. Das Schweigen der anderen auf der Anklagebank setzt dem ganzen noch die Krone auf. Ansonsten haben alle Angeklagten fleißigst gequatscht, was zwar per se nicht zu verurteilen ist, nur muß die Frage gestellt werden, ob dies überhaupt bzw. in dem Umfang notwendig war, um den Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordes zu entkräften.

Klappe halten

Auch eine Schweigestrategie hätte in diesem Prozeß durchaus Erfolg haben können. Angesichts der Tatsache, daß Erkans Aussagen nicht verwertet werden dürfen, daß Bazdin viele, wenn auch nicht alle seiner belastenden Aussagen zurückgenommen hat und daß die Staatsschutzverhörmethoden immer mehr ins Zwielicht geraten sind, bzw. als unzulässig betrachtet werden konnten, ist die Frage schon legitim, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, die Klappe zu halten. Dann hätte die Verteidigung hauptsächlich auf ein Auseinandernehmen der Belastungszeugen aufgebaut werden müssen und viel mehr die Staatsschutzverhörmethoden und ihre Arbeitsweise angegriffen werden müssen. Die Klappe zu halten bedeutet in erster Linie, sich weigern, an einer wie auch immer gearteten 'Tataufklärung' mitzuarbeiten und keine eigenen Geständnisse zu liefern, aufgrund deren verurteilt werden kann. Auch in diesem Prozeß waren die eigenen Geständnisse die Grundlage der Urteile (dafür sind sie noch relativ hoch ausgefallen).
Die Klappe halten bedeutet auch eine Weigerung, sich aufteilen zu lassen in 'Schuldige' und 'Unschuldige', solche mit 'geringer' oder 'schwerer Schuld'. Nichts zu sagen, kann darüber hinaus Ausdruck der politischen Haltung gegenüber diesem Staat und seiner Justiz sein. Nichts zu sagen bedeutet auch nicht, völlig passiv im ganzen Prozeßgeschehen zu sein. Um die Belastungszeugen auseinandernehmen zu können, muß sich gut vorbereitet werden, der Prozeßverlauf aufmerksam beobachtet werden. Auch bei einer Schweigestrategie bestimmen die Angeklagten, was sie zulässig für ihre Verteidigung finden, welche Methoden die AnwältInnen anwenden sollen.
Wir finden es wichtig, gerade auch durch Erfahrungen, die Menschen aus Kaiserslautern mit politischen Prozessen gemacht haben, am "Klappe halten" als Ausgangspunkt für den Umgang mit Verfahren festzuhalten.
Den Umgang, den sich die BerlinerInnen mit dem Verfahren gewählt haben, halten wir für gefährlich, weil sie den Eindruck entstehen lassen, daß sich Menschen über Aussagen in eine bessere Lage bringen können und dieses Verhalten verallgemeinert wird. Hierzu muß gesagt werden, daß es nicht hauptsächlich die Aussagen, sondern das öffentliche Interesse (jede Menge Presse, internationale ProzeßbeobachterInnen) und die starke Mobilisierung war, die zu den milden Urteilen geführt haben. Außerdem wurde der Prozeß durch den Deal, in dem die Ausagen auch eine wichtige Rolle gespielt haben, entpolitisiert.

So können sich alle Prozeßbeteiligten zumindest teilweise als SiegerInnen fühlen.
- Der Staatsschutz und die Staatsanwaltschaft kann froh sein, daß ihre menschenverachtende Praxis zwar kritisiert wurde, doch in ihrem ganzen Ausmaß nicht an die Öffentlichkeit kam.



Antifa-Demo am 21.4.94 in Berlin   Foto: KFOFM

- Die Angeklagten sind (verständlicherweise) froh darüber, daß der Mordvorwurf gegen sie vom Tisch ist, und sie vergleichsweise niedrige Strafen kassierten.
- Und schlußendlich kann sich das Berliner Gericht für seine Liberalität der Anerkennung von allen Seiten sicher sein. Zusätzlich haben sie mit Gendiz zumindest einen Mörder, den sie weiterjagen können.

Schlußfolgerung

Der Prozeß gegen sieben AntifaschistInnen endete, obwohl es nicht zu dem von vielen erwarteten harten Urteil kam, in einem politischen Desaster. In der Öffentlichkeit entstand eher das Bild einer Cliquenwirtschaft, die einzelne schützt und andere ans Messer liefert, als das einer politisch bewußt handelnden Gruppe, die zu ihrer antifaschistischen und antistaatlichen Haltung steht. Es wurde viel angesprochen, aber nichts wirklich angegriffen. Der Punkt, daß die deutsche Justiz kein Recht hat, über ImmigrantInnen und AntifaschistInnen Urteile zu sprechen, wurde ad absurdum geführt.
Zum anderen zeigt der Prozeß und das Verhalten darin viel von der Misere der antifaschistischen Bewegung auf. So wird die Militanz im Kampf gegen Straßenfaschisten bzw. NeoNazis verteidigt, aber mit dem Staat, der das Breiterwerden einer faschistischen Bewegung billigt und rassistischen Positionen in seinem praktischen Handeln sowie seinen Verlautbarungen oftmals vorgreift, wird sehr widersprüchlich umgegangen. Meistens bleibt, wie gerade auch bei diesem Prozeß, nicht viel mehr als Maulheldentum übrig. Statt wie f.e.l.s. mit Sprüchen wie "Die deutsche Justiz hat kein Recht über AntifaschistInnen Urteile zu sprechen" rauszudonnern, sollte mensch es dann doch lieber bei der Verteidigung des Selbstverteidigungsrechts belassen. Alles andere ist unglaubwürdig. Genauso macht die Breite einer Bewegung (bzw. die Solidarität) sie noch nicht zu einer Stärke. Nur eine weitergehende Analyse dieses Staates (bzw. der Europäischen Union) als einem imperialistischen System, das Gefahr läuft, sich zu einem bürgerlichen Faschismus zu entwickeln (Verpolizeilichung der Innen- und Flüchtlingspolitik, Kolonialisierung der Außenpolitik, Verfolung jeder linken Opposition usw.), und ein konsequentes, aus dieser Tatsache bestimmtes Handeln kann die antifaschistische Bewegung aus ihrer Sinnkrise führen. Das heißt nicht, die Straßenfaschisten aus dem Blick zu verlieren bzw. der selektiven staatlichen Verfolgung zu überlassen, denn nur durch die Organisierung der Selbstverteidigung von und mit ImmigrantInnen kann eine Praxis entstehen, die einen nicht von 'höheren Zielen' zurückschrecken läßt. Dazu braucht es aber eine offene, zielgerichtete Diskussion, die aber so z.Z. auch von organisierten Antifas weder wirklich eingefordert noch forciert wird.

(Dieser Text bezieht sich, von den Fakten her, auf einen Text sogenannter undoofmatischer QuerdenkerInnen, der in der Interim 3o9 veröffentlicht wurde.)



Pressemitteilung

Größte Massenfestnahmen der Nachkriegsgeschichte
Aktionsbündnis fordert Rücktritt von NRW-Innenminister Schnoor

Trotz der Festnahmen von über 1000 Menschen - ein Novum in der Geschichte bundesdeutscher Polizeieinsätze - konnten Demonstrationen gegen das Gipfeltreffen der EU in Essen nicht unterdrückt werden.

Nachdem sich das Bundesverfassungsgericht bis Samstag Vormittag aus Zeitgründen nicht im Stande sah, eine einstweilige Anordnung zu fällen und somit das Demonstrationsverbot nicht aufgehoben wurde, kam es in der Essener Innenstadt zu mehreren Spontandemonstrationen, an denen sich mehr als 3000 Menschen beteiligten.

Die zur Begründung des Demonstrationsverbotes von der Polizei herbeigeredeten gewalttätigen Ausschreitungen blieben aus. Die Polizei reagierte mit der Einkesselung größerer Demonstrantengruppen. Beim Abtransport der Eingekesselten kam es zu brutalen Übergriffen der Sicherheitskräfte. Menschen, denen zumeist schlimmstenfalls eine Ordnungswidrigkeit durch Teilnahme an einer verbotenen Versammlung vorgeworfen werden könnte, wurden in Plastikfesseln abgeführt und teilweise geschlagen und getreten. Hierbei kam es zu einigen schweren Verletzungen.

Ein besonders herausragendes Beispiel der Polizeiwillkür zeigte sich am Vorabend der Demonstration: Zwei Personen aus Berlin wurden mit ihrem Auto angehalten, in Form eines Anti-Terror-Einsatzes mit vorgehaltener Waffe festgenommen und mit über den Kopf gestülpten Säcken abtransportiert. Ein Kasten Mineralwasser, ein Reservekanister und eine Rolle Toilettenpapier in ihrem Kofferraum wurden von der Polizei zu Material für den Bau von Molotowcocktails erklärt.

Es wird deutlich, daß mit der Durchführung des Demonstrationsverbotes in Essen eine neue Dimension der Einschränkung des Rechtes auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewschaffen wurde. Sollte sich das Essener Demonstrationsverbot und seine juristische Vorgeschichte zu einem neuen Modellfall des politischen und polizeilichen Umgangs mit kritischer Opposition entwickeln, kann zukünftig jede relevante Mobilisierung einer linken Opposition in der BRD kriminalisiert werden.

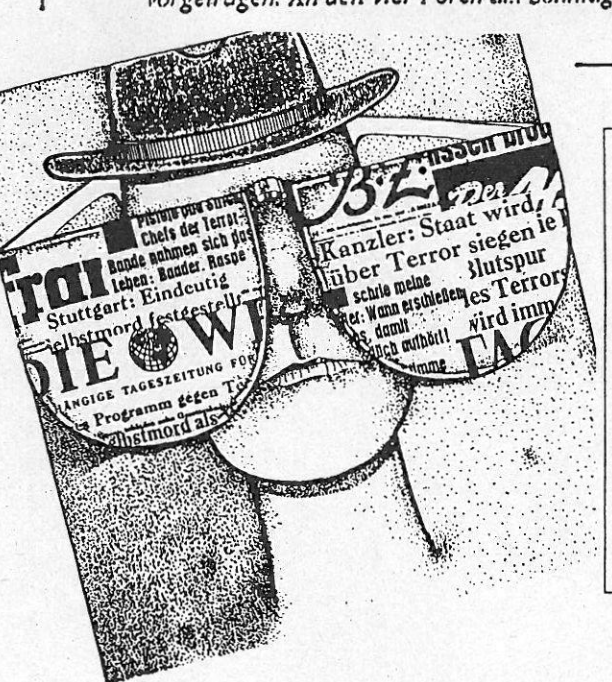
Die von der Landesregierung propagierte "Deeskalationspolitik" muß angesichts dieser Geschehnisse als übler Zynismus aufgefaßt werden.

Wir fordern den Rücktritt von NRW-Innenminister Schnoor, der die politische Verantwortung für das Demonstrationsverbot übernommen hat und die politische Verantwortung für den Polizeieinsatz trägt.

Trotz der massiven Hetze und Diffamierung haben wir uns die inhaltliche Diskussion und Forderungen einer linken EU-Kritik nicht nehmen lassen.

Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel, 11.12.1994, 16.00 Uhr

Diese Pressemitteilung / Erklärung wurde auf dem Abschlußplenum des "Gegengipfels" vorgetragen. An den vier Foren am Sonntag beteiligten sich noch einmal ca. 500 Personen.



Antifaschistisches Notruftelefon
0171/402 10 43



Seit ca. einem Jahr gibt es im Saarland ein Antifaschistisches-Antirassistisches Notruftelefon. Das Funktelefon ist von Freitags, 20.00 Uhr bis Sonntags, 10.00 Uhr jedes Wochenende rund um die Uhr für alle erreichbar, die faschistische oder rassistische Anschläge oder Aktionen mitbekommen oder direkt betroffen sind.
Wer mehr wissen will: Der Info-Treff des Notruftelefons findet immer am 10. eines jeden Monats von 17.00-19.00 Uhr im Büro der Antifa-Nachrichten in der Alten Feuerwache (2.Stock) statt. (Das Funktelefon ist aus allen Ortsnetzen über obige Nummer erreichbar.)

Die Methodik der Krise in den Länder des Trikonts exemplarisch am Beispiel Zaires dargestellt.



Grunddaten Zaires:
Fläche: 2344 885 km², Hauptstadt: Kinshasa, EinwohnerInnen: ca. 30 000 000, Sprachen: Amtssprache Französisch, Lingala, Kikongo, Luba, Alphabetisierung: 15% (1970), Währung: Zaire (gallopierende Inflation, so wurde ein 5 000 000 Zaireschein eingeführt der von den meisten HändlerInnen etc. gar nicht angenommen wird).

Historischer Überblick:
Die südlichen Gebiete des heutigen Zaires (Ex Kongo) wurde zwischen 2500 und 500 vor Chr. von aus dem Norden eingewanderten Bantu-Völkern besiedelt. Die Hauptsiedlunggebiete waren Kivu, Kasai und Shaba (Exkatanga). Der Norden wurde überwiegend von Sudanvölkern besiedelt. In der folgenden Zeit entstanden einige Hochkulturen wie im Westen die Köngreiche Kongo (15.Jh.) und Kuba (17.Jh.); im Südosten die Königreiche Luba (16.Jh.), Lunda (17.Jh.) und Msiri (19.Jh.). Seit dem 15.Jh. bestanden Kontakte mit Europa. Die europäischen Eroberer sahen diese Gebiete als eine unerschöpfliche Quelle für ihren unermäßlichen Bedarf an SklavInnen an. Im Jahre 1885 wurde der damalige Kongo König Leopold II. von Belgien als Privatbesitz zugesprochen. Diese Zeit ist dem zairischen Volk als die "Epoche der Verstümmelung" im Gedächtnis geblieben. Die weitere Entwicklung der Kolonie Kongo nach der Übernahme durch die belgische Regierung war geprägt durch verstärkte Rationalisierung der kolonialen Ausbeutung. Die Schwerpunkte wurden auf den freien Handel und die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, durch das Mittel der Zwangsarbeit, gelegt. Die Bodenschätze wurden immer massiver ausgebeutet.Diese repressiven Maßnahmen führten zu verstärkten Bestrebungen des zairischen Volkes nach nationaler Unabhängigkeit und Freiheit. Die Opposition zu dem kolonialen Unrechtsystem äußerte sich in bewaffneten Aufständen in den Plantagen und Bergbaugebieten. Führer dieser Befreiungsbewegung waren P. Lumuba, Ileo, Adoula, Tschombe, Kasavubu.....
Der Befreiungkampf und die internationale Situation führten 1960 zur nationalen Unabhängigkeit Zaires. P. Lumuba wurde bei den ersten Parlamentswahlen zum Ministerpräsidenten und Kasavubu zum Staatspräsidenten gewählt.
Da sich Lumuba nicht als Marionette der ehemaligen Kolonialherren und der westlich imperialistischen Mächte mißbrauchen ließ, wurde er im Jahre 1961 unter Ausnutzung innerzairischer Unruhen und Sezessionsbestrebungen, die teils von der ehemaligen Kolonialmacht Belgien geschürt wurden, ermordet. Dabei und bei der Machtübernahme durch Mobutu spielten die westlichen Geheim-dienste eine gewichtige Rolle.
Mobutu errichtete eines der totalitärsten Systeme in ganz Afrika und ist bis heute mit der Hilfe der westlichen Länder an der Macht. Für eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit der afrikanischen Geschichte wird das Buch "Die Geschichte Schwarzafrikas" von Joseph Ki-Zerbo empfohlen. Es ist im Fischerverlag erschienen und stellt umfassend die Geschichte Afrikas bis ins Jahr 1970 dar.

Die internationale Zusammenarbeit der Herrschenden kostet immer das Blut und die Tränen der Völker.

Hier soll nun an einigen Projekten und Gegebenheiten dargelegt werden, wie durch die Zusammenarbeit der westlichen Industriestaaten und den MachthaberInnen in Zaire, das Land in eine horrende Verschuldung getrieben wurde und gleichzeitig das Mobuturegime gestützt wird.
Im Jahre 1971 wurde eins der wohl wahnwitzigsten Projekte in der Geschichte Zaires beschlossen. Der Bau einer riesigen Stromleitung quer durch Zaire von Kinshasa bis in Bergbaugebiete von Shaba und Kasai wurde in Angriff genommen. Diese Stromleitung verbindet die Hauptstadt mit den zwei wichtigsten Wirtschaftzentren Zaires. Das Projekt umfaßte die Errichtung eines 640 Megawatt Kraftwerkes am Inga-Staudamm, sowie 8500 Strommasten die quer durch das Land aufgestellt wurden.
Die Kalkulation ging zuerst von Kosten in einer Höhe von 255 Millionen US-Dollar und einer Bauzeit von 5 Jahren aus. Während der Errichtung dieses Projektes entwickelten sich die Kosten von dem Anfangswert über 650 Mil. (1978) bis hin zu 1.6 Milliarden US-Dollar, als Mobutu am 24. November des Jahres 1983 auf den symbolträchigen Schaltknopf drückte. Aus den Anfangs 5 Jahren Bauzeit waren inzwischen über 10 Jahre geworden.
Das Projekt wurde durch Kredite, die die westlichen Banken den zairischen MachthaberInnen aufschwatzten finanziert. Die Schuldenkrise der Länder des Trikonts basiert auf diesem aufdringlichen Bemühen der Großbanken,in der Zeit als die Rohstoffländer wie Zaire oder Nigeria .... in einem wirtschaftlichen Aufwind schienen, ihre Kredite zu räuberischen Zinssätzen los zuwerden.
Die Leitung Inga-Shaba wurde nur aus rein machtpolitischen Gründen und wegen der Profitgier der westlichen Industrienationen gebaut. Für die Stromversorgung der Bergbauregionen hätten damals 80 Million US-Dollar gereicht. Damit wurden nämlich zeitgleich einige Wasserkraftwerke im Süden des Landes erneuert und ausgebaut. Diese 80 Millionen wurden wiederum durch Kredite aufgebracht.
Wer waren nun die HauptprofiteurInnen dieses Projektes ?
Ganz einfach der Diktator Mobutu und seine Clique, die durch die Kontrolle über die Energieversorgung ein Mittel in der Hand haben um die Regionen Shabas und Kassai in Schach zu halten.
Die über 20 westlichen Firmen, die am Bau beteiligt waren. Sowie die Großbanken, die Zaire weiter in die Verschuldung trieben.

Die VerliererInnen waren wie immer die Menschen aus Zaire. Welch für die Schulden Mobutus und seiner VerbrecherInnenbande aufkommen müssen.

Im Rahmen des Ingaprojektes verkaufte die Klöckner-Deutz-Gruppe dem Mobutu-Regime eine Zementfabrik für ca. 97 Millionen DM. Diese wurde allerdings erst 1974 fertig gestellt, zu einem Zeitpunkt, da sie für das Ingaprojekt nicht mehr von Nutzen war. Durch diese Großanlage, welche bisher nur zu 30% ausgelastet ist, kamen kleinere Zementmühlen die bisher die regionale Versorgung sicherten in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Damit war wieder eine Schlüssel-industrien, für den Aufbau und die Entwicklung Zaires, in den Händen des Mobutuclans (Den sogenannten Dinosauriern).

Welche Interessen haben die westlichen ImperialistInnen an Zaire und warum arbeiten sie bis heute Hand in Hand mit dem Mörderregime Mobutus?
Dieses Regime, das für die totale Ausbeutung des zairischen Volkes, für tausendfache Folter und Morde steht. Die Zusammenarbeit zwischen den zairischen MachthaberInnen und den MachthaberInnen in der westlichen Welt geht soweit, daß dem zairischen Geheimdienst und seinen Todesschwadronen (Hibou - die Eulen), die in der BRD ausgebildet wurden, ermöglicht wird, in Westeuropa RegimegegnerInnen zu verfolgen.

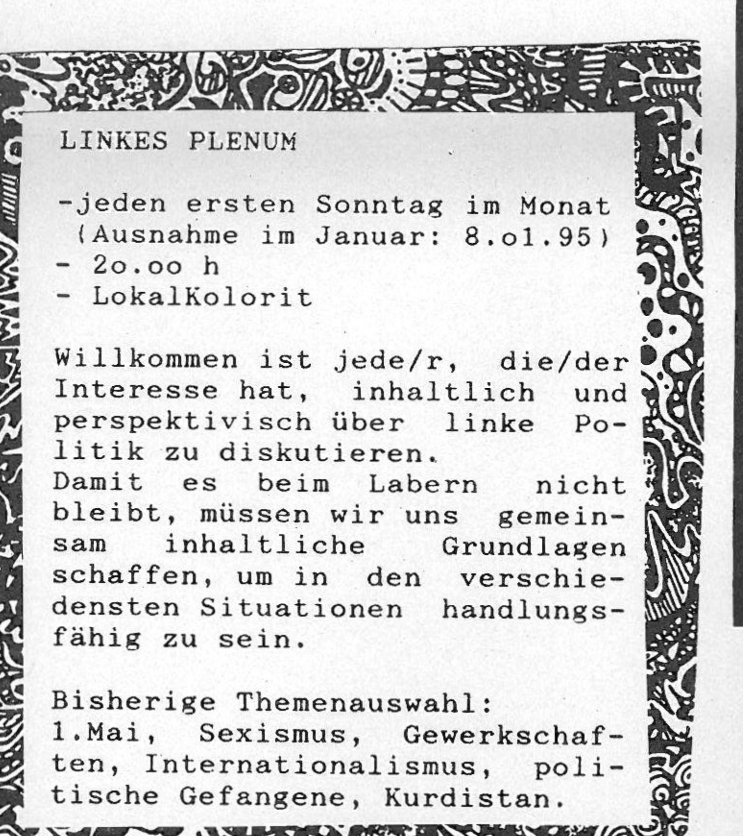
Dafür muß mensch wissen, daß Zaire mit die größten Rohstoffvorkommen an Uran, Kobalt, Diamanten, Gold, Kupfer.... in der Welt hat. Mobuto als Bollwerk des Kapitalismus, sicherte immer den uneingeschränkten Zugriff der Industrienationen auf diese Bodenschätze. So intervenierten Frankreich, Belgien und die USA 1978/79 , während des Aufstandes der Gendarme de Katanga gegen das Mobuturegime in Shabas, auf Seiten des zairischen Machthabers. Ihnen ging es dabei nicht, wie in den Medien verbreitet, um den Schutz der Menschen in Shaba, sondern darum ihre Versorgung mit Kobalt (einem wichtigen Metal für ihre Rüstungs-, Flugzeug-, und Weltraumindustrie, so werden aus Kobalt hitzeresistente Superlegierungen gefertigt...) zu sichern.
Während des Aufstandes ist in Shaba schoß der Preis für Kobalt von 6,40 US-Dollar für ein englisches Pfund (=457,59 gr.) auf über 50 US-Dollar. Dies war einer der vielen "Golfkriege" die bisher von Seiten der Industrieländer geführt wurden.
Während des Aufstandes wurden weiße WesteuropäerInnen in der Region Shaba von Mobutus Soldaten umgebracht. Diese Morde wurden den Gendarme de Katanga (sogenannten Diabos = rote Teufel) in die Schuhe geschoben und dienten somit als Grund für die westliche Intervention, obwohl der Sachverhalt in Europa und den USA bekannt war.
Die westlichen Staaten haben auch ein Interesse am Überleben General Mobutu Sese-Seko aus geostrategischen Gründen. Die durch ihn garantierte innenpolitische Stabilität ist einer der wichtigsten Werte für die westlichen Wirtschaftsinteressen in Zaire und seinen angrenzenden Ländern. So operierten zairische Soldaten während des Krieges in Rwanda auf Seiten der dortigen Regierungstruppen, welche für die grausigen Massaker an über 500 000 RwandesInnen verantwortlich sind. Auch nach dem Ende des Krieges in Rwanda bietet Zaire diesen Truppen auf zairischen Hoheitsgebiet Rückzugsmöglichkeiten. Dort können sie sich neu organisieren und stehen somit für einen Einfall in Rwanda bereit. Da Mobutu den französischen Truppen für ihren Einsatz in Rwuanda die Ausgangsbasis lieferte, kann er sich der weiteren Unterstützung der westlichen Länder sicher sein. (So wurde er, im Gegensatz zu der neuen rwandesischen Regierung, von dem franz. Staatspräsident im November 1994 zur Konferenz der frankophonischen Länder Afrikas in Biarritz eingeladen.) Bei dieser Konferenz ging es unteranderem , um eine weiter gehende militärische Zusammenarbeit. Diese sieht eine kleine Veringerung der franz. Truppen in Afrika vor. Allerdings soll die logistische Zusammenarbeit im Rahmen einer afrikanischen Eingreiftruppe ausgeweitet werden. Diese könnte dann als erweiterter Arm Frankreichs in allen afrikanischen "Krisengebieten" operieren.
Festzuhalten ist, daß Industrieländer an Mobutu festhalten, komme was wolle. Dabei ist ihnen vollkommen egal wie es dem zairischen Volk ergeht. Die tausende von dem Unrechtsregime Ermordeten, Verschleppten, Vergewaltigten und Gefolterten werden von ihnen in Kauf genommen, solange ihr Zugang zu den Schätzen Zaires gewährleistet ist. Sie versagen jeglicher Opposition ihre Unterstützung oder kooperieren sogar ganz offen mit den zairischen Sicherheitskräften gegen sie. Tshisekedi, ein zairischer Oppositionpolitiker, wurde zum Beispiel an seiner Ausreise aus Belgien von der belg. Polizei gehindert, als er nach Kinshasa anläßlich eines politischen Auftrittes reisen wollte. Dieser Auftritt sollte während der Feiern anläßlich des zairischen HeldInnengedenktages an die KämpferInnen für die Unabhängikeit stattfinden. Mobutu sah die große Gefahr darin , daß sich an diesem - Tag eine gesamtzairische Oppositionsbewegung manifestieren würde, die ihn ganz einfach ein für alle mal von der Bildfläche wegschwemmen könnte. Dies wurde aber durch die Zusammenarbeit mit dem belg. Staat verhindert.

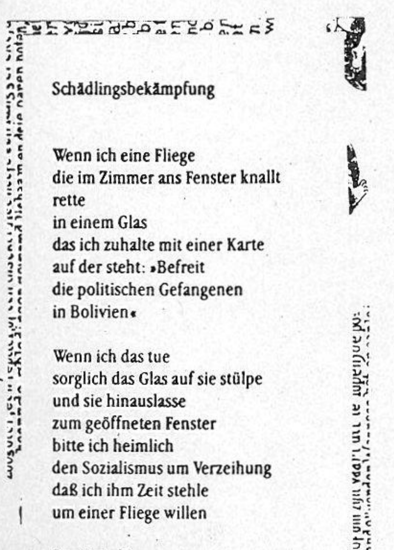
Daraus kann nur folgen, daß der Sturz des Unrechtsystems in Zaire nur durch die Zusammenarbeit aller oppositionellen, kritischen Kräfte hier, in der westlichen Welt (BRD....) und im Trikont bewerkstelligt werden kann. Das zairische Volk darf nicht allein gelassen werden in seinem Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit, der Kampf muß international geführt werden.
Die offensichtlichen Verstrikkungen der westlichen MachthaberInnen, mit dem Mobuturegime müssen benannt und verändert werden.



Über Mangelndes Desinteresse und andere soziale Pannen!
(Aus dem Medizinbuch der Bundesregierung)

Deutschland ist ein Land mit Problemen, das wissen wir nicht erst seitdem die Fußballnationalmannschaft die letzte Weltmeisterschaft verloren hat. In letzter Zeit macht sich ein besonders gefährliches Phänomen in Deutschland breit: MD. Diese Krankheit ist eine besonders heimtückische Immunschwäche gegenüber staatlicher politischer Unfähigkeit, sowie allgemeiner gesellschaftlicher Mißstände. Diese Immunschwäche äußert sich in einer harmlosen und einer weniger harmlosen Erscheinungsform. Bei der harmlosen Erscheinungsform äußert der/die Erkrankte ständig seinen/ihren Unmut über die bestehende Gesellschafts- bzw. politische Situation. Ansonsten fällt das Opfer in eine sogenannte Handlungsstarre und ist unfähig, irgendwelche politischen Handlungen durchzuführen. Bekannte Symptome sind extrem hohe Diskussionsbereitschaft bei gleichzeitiger apathischer Grundhaltung. Symptomatische Äußerungen sind "das System" und "Ich kann sowieso nichts verändern". Diese sogenannte passive Form von MD läßt sich noch verhältnismäßig leicht kurieren. Man lenkt nur das Interesse des/der Kranken auf ein weniger problematisches Betätigungsfeld. Ein besonders gut funktionierendes Therapieprogramm ist die GENERELLE ERZIELUNG LEISTUNGSBEZOGENER DIENSTLEISTUNGEN (G.E.L.D.). In diesem Programm wird der/die Kranke durch Integration in einen wirtschaftlichen Arbeitsprozeß (funktioniert besonders gut bei BWL-StudentInnen) bei gleichzeitiger Steigerung persönlicher Bedürfnisse so weit umgepolt, daß sich das Interesse des/der MD-Erkrankten von allgemeinen Problemen auf persönliche Probleme verlagert.
Die zweite weitaus schwieriger zu behandelnde Variante von MANGELNDEM DESINTERESSE äußert sich in einer gesteigerten Aktivität des/der Erkrankten und stellt hiermit eine gesellschaftliche Gefahr dar, deren Brisanz auf keinen Fall zu unterschätzen ist. Nur in diesem zweiten Stadium kann von einer Ansteckungsgefahr gesprochen werden. Laut neuster Untersuchungen beschränkt sich die Erkrankung eben nicht nur auf soziale Randgruppen. Das MD-Opfer versucht ganz bewußt andere mit seiner Krankheit zu infizieren und nimmt dabei wenig Rücksicht auf den sozialen Background des/der zu Infizierenden. Das führt natürlich zu unschönen Bildern: So wird zum Beispiel ein/e völlig Desinteressierte/r und nichtsahnende/r Spießbürger/in und BMW-Fahrer/in mit den Existenzproblemen arbeitsloser SozialhilfeempfängerInnen konfrontiert, ebenso wird ein unbescholtener Bürger und Leiter der Treuhandanstalt in Berlin mit einem Stahlmantelgeschoß konfrontiert. Wie sich hier schon zeigt ist die zweite Art der MD-Erkrankung wesentlich schwieriger zu katalogisieren als die erste, da sich die Aktivität des Opfers in Art und Weise bzw. inhaltlicher Ausrichtung nicht berechnen oder bestimmen läßt. Gemeinsam ist allen Kranken jedoch das Mangelnde Desinteresse an Problemen und Handlungsweisen des eigenen bzw. fremden Staaten, sowie der Versuch, unsere Gesellschaft auf lange Sicht hinaus zu verbessern. Wenn wir verhindern wollen, daß unser Staat das Opfer einer schnell um sich greifenden Seuche wird (es soll sogar schon PolitikerInnen gegeben haben, die erste Symptome zeigen, sogenannte Skrupel), müssen wir versuchen, mit allen Mitteln den Virus zu isolieren und zu vernichten. Was in der mittelalterlichen Gesellschaft bei Seuchen wie der Pest noch möglich war, das Niederbrennen von Häusern und das Ausgrenzen ganzer Bevölkerungsgruppen, läßt sich heute nur bedingt anwenden. Zwar ließe sich durch eine gezielte Anwendung von KONTROLIlERTER ORGANISATION NATIONALER SUCHT und UNTERDRÜCKUNGS-MECHANISMEN (K.O.N.S.U.M.) in der Vergangenheit eine allzu rasche Ausbreitung der Seuche verhindern, doch gibt es eine nicht zu vernachlässigende Gruppe der Gesellschaft, die eine erstaunliche Resistenz gegen die von staatlicher Seite so mühevoll bereitgestellten Ablenkungsmechanismen zeigt.
Es zeigt sich, daß die Maßnahmen der medizinischen Abteilung der Bundesregierung in den letzten Jahren, angefangen bei sozialen Ermahnungskommandos bis hin zu der 129sten These über Quarantäneverordnungen bei nicht einwandfreiem bakteriologischem gesellschaftlichen Verhalten, den Krankheitsherd zwar eindämmen, aber nicht vollständig eliminieren konnten.
Auch läßt es sich im Zuge des Programms zur Schaffung eines völlig gesunden, absolut desinterissierten Menschen nicht vermeiden, über weiterführende Entwicklungen nachzudenken. Unglücklicherweise sind unsere Forschungen im Bereich der Gen-Technik noch nicht so weit fortgeschritten, daß wir in näherer Zukunft mit der Aufzucht von MD-resistenten Menschen beginnen können. Bis jetzt ließe sich z.B. das sogenannte Schnurrbartphänomen noch nicht vollständig aus der Welt schaffen. Die mehr oder weniger mißlungenen Resultate werden zur Zeit noch im Sicherheitsbereich eingesetzt.
Solange, bis sich das Mangelnde Desinteresse nicht durch eine Vorbeugeimpfung unter Kontrolle bringen läßt, schlagen wir vor, durch eine Registrierung aller Kranken bei gleichzeitiger Schaffung von KOMMUNALEN NAHERHOLUNGSZENTREN zur SOZIALEN THERAPIE (K.N.A.S.T.). Hier werden die Kranken unter staatlicher Obhut solange liebevoll versorgt, bis vollkommene Resozialisierung bei optimalem gesellschaftlichem Desinteresse gewährleistet ist.
Falls dies zufälligerweise einige Zeit dauern sollte, ist dies zwar bedauerlich, aber aufgrund der Gefährlichkeit dieser heimtückischen Gesellschaftsseuche müssen wir leider nach dem Grundsatz verfahren: "Im Zweifel gegen den/die Angeklagten - äh - den/die Kranken!".




Schädlingsbekämpfung

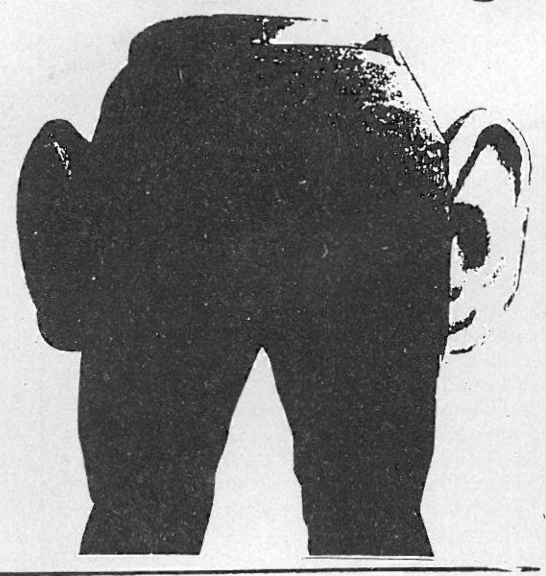
Wenn ich eine Fliege
die im Zimmer ans Fenster knallt
rette
in einem Glas
das ich zuhalte mit einer Karte
auf der steht: »Befreit
die politischen Gefangenen
in Bolivien«

Wenn ich das tue
sorglich das Glas auf sie stülpe
und sie hinauslasse
zum geöffneten Fenster
bitte ich heimlich
den Sozialismus um Verzeihung
daß ich ihm Zeit stehle
um einer Fliege willen

Der Sozialismus
antwortet: »Du bist ein Narr
aber es ist mir ganz recht
laß dich nicht stören«



John Heartfield Ausstellung



9.-13. JANUAR
FH II KAMMGARN
16.-21. JANUAR
FH I MORLAUTERER STR.
GEÖFFNET 8⁰⁰-18⁰⁰ / EINTRITT FREI

